

Abonnements-Bedingungen:
Wohnort: Preis pränumerando
Wochenblatt 2.00 M., monatl. 1.10 M.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsheftigen Kolonellen
über deren Raum 60 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Erörterungen

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. November 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Zaberer Revolte.

Zu dem idyllischen Vogesenstädtchen Zabern herrscht, was
der friedliche Spiegbürger zähneklappernd eine Revolte nennt:
aufgeregte Menschenmassen auf den Straßen, Polizei, Gendarmen,

Und der Grund? Man kennt ihn. Ein Infanterieleutnant
mit freiherrlichem Namen — v. Forstner heißt der
Edle — hat bei der Rekrutenausbildung sich auch die Straflisten

Aber wenn man so will, ist das Auftreten des preussischen
Leutnants um so sicherer eine Krankheitserscheinung, als sie
keineswegs ein Einzelfall, sondern der Ausfluss eines bedenklichen

Der Fall wurde damals in der Presse des Reichslandes
erregt besprochen, aber man hat nichts davon gehört, daß dem
schneidigen Herrn Hauptmann auch nur ein Haar gekrümmt

Das System steckt aber auch darin, daß man Elsch-
Vothringen durch die Soldateska gewissermaßen „germanisieren“
will. Jede herrschende Klasse behandelt ein erobertes Land,

Darum herrscht auch die Soldateska im Reichsland noch
unumdränkter als in dem übrigen Deutschland. Die Herren,
die fäbel- und sporenklingend und mit der Scherbe im Auge

jobald ein Samajdenknopf von Korps- oder Divisionskommandeur
— wie neulich der Herr v. Deimling — eine drohende
Rede voll Blut und Eisen vom Stapel läßt. Was das wirkliche

Im inneren Wesen dieser Verpfeifungsmethode liegt
es ja, daß sie Schiffbruch auf Schiffbruch erleiden muß. Wenn
die nationalistische Strömung in Elsch-Vothringen wieder

Und noch eins! Seit Wochen, seit Monaten wird in
Deutschland eine eifrige Kampagne gegen die Fremdenlegion
geführt, immer wieder will man dunklen Machenschaften ge-

Militärische „Germanisatoren“ von der unbezweifelbaren
Schneidigkeit des Leutnants v. Forstner, das sind die
wirklichen Werber für die französische Fremdenlegion!

„Die Weltverbesserer als Steuerdrückeberger“.

Unter diesem Titel hat die „Post“ einen Artikel veröffentlicht,
welcher von der bei der „Post“ gewohnten ehrenwerten Absicht
ausgeht, die Aktiengesellschaft Lindenhans der Steuerhinterziehung

Der Beweis der Wahrheit, der in großen Maßstabe
angestrebt ist, ist völlig mißlungen. Die Beweisführung hat
nicht nur ergeben, daß der erhobene Vorwurf nicht zu erweisen

In der Form ist die „Post“ nun diesmal vorsichtiger geworden:
Weber erhebt sie gegen eine bestimmte Person einen bestimmten
Vorwurf, noch hat sie Mut, die Richtigkeit des im „Reichs-Anzeiger“

Demgegenüber wollen wir einfach feststellen: Die Gründung
der Aktiengesellschaft Lindenhans ist in den vom Gesetz vor-
geschriebenen Formen vorgenommen worden. Jahres-

hätten sie die für diese Mittel in Frage kommenden Steuern
zahlen müssen. Jetzt müssen selbstverständlich diejenigen Personen oder

Wer diese Darlehen der Aktiengesellschaft Lindenhans zur Ver-
fügung gestellt hat, geht die „Post“ und ihre Hintermänner wiederum

Aufstift ist nur, daß die „Post“ jetzt plötzlich den Erwerb oder
Besitz von Grundstücken (dem die Aktiengesellschaft Lindenhans

Die Fürsorge der „Post“ für die armen Aktionäre der Aktien-
gesellschaft Lindenhans riecht etwas nach Tarnstoff. Die Aktien sind

Auf welche liebliche Grundlage der ganze „Post“-Aufwurf
beruht, geht daraus hervor, daß der „Post“-Redakteur sich nicht einmal

Die Krupptaler rollen.

Die Krupp-Presse weiß, was sie der reichen Firma Krupp
schuldig ist. Sie hat alles aufzubieten, den unangenehmen Eindrud

„Denn — und darin liegt der eigentliche Wert des Prozesses gegen
Eccius und Brandt — alle Welt hat sich auf Grund einer ohne

Weiter kann die Verdrehung aller Rechtsgrundzüge nicht geben,
als sie hier zur höheren Ehre Krupps betrieben wird. Ob Viktor

Den gleichen Faden wie Schweinburg spinnert der Wirkliche
Geheimrat Dr. Komen im „Scherfischen“, „Tag“. Komen, der
Mann, der der Sozialdemokratie vorwarf, daß sie leichtfertig mit

näher zu beleuchten. Es handelt sich um den „Berliner Lokal-Anzeiger“, der bekanntlich noch während der Verhandlung berichte, den Staatsanwalt einzuschüchtern und auf diese Weise die Firma Krupp vor unangenehmen Fragen und Zeugnisaussagen zu bewahren. Die „Juristischen Tagesfragen“ schreiben zu den Scherkschen Angriffen auf den Staatsanwalt:

„Doppelts müssen sie aber gerade in diesem Blatte wirken. Denn heute ist es doch wirklich für keinen Kundigen mehr ein Geheimnis, daß die unter den Auspizien des Landwirtschaftsministers glücklich beendete Aktion zur finanziellen Entlastung des Begründers des „Berliner Lokal-Anzeigers“ ohne die äußerst tatkräftige Mitwirkung der „Schwer- und Waffenindustrie, an deren Spitze die Firma Krupp steht, nicht ausführbar gewesen wäre. . . . Aber die Pflicht des Verlages war es, in diesem delikaten Falle einzugreifen und der Redaktion die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen. Unter keinen Umständen durfte er den Wohlthäter des Hauses eher rechtfertigen und loben lassen, als bis der Gerechtigkeit Genüge geschehen war. Er hätte damit nicht nur dem eigenen Unternehmen, sondern der ganzen Presse einen Dienst erwiesen.“

Südpol, Milch und Rahm.

Aus der Nordmark wird uns geschrieben:

Südpol, Milch und Rahm — drei Dinge, die nicht besser zu einander passen als Hering mit Schlaglaine und Himbeeren, wo sollten die zusammenkommen? Wo? In Preußen natürlich, dem Lande der unbegrenzten reaktionären Möglichkeiten!

Es weht wieder ein scharfer Wind in der sogenannten Nordmark. Als im Januar 1907 der Opatantenvertrag die Verhältnisse jener Heimatlosen Kinder regelte, die nach 1899 von dänischen Eltern in Schleswig-Holstein geboren waren und also weder die preußische noch die dänische Staatsangehörigkeit besaßen, sah man das als den Beginn einer neuen milderen Ära an, und in der Tat blies der Oberpräsident der Provinz, von Bülow, bei einem Festmahl einige Köse auf der Friedenshalmei. Aber wer an die Politik des Seidenhandschuhes geklaut hatte, den erschröckte bald wieder die gepanzerte Faust, denn die „Heimatlosen“, die vor 1898 zur Welt gekommen waren und deshalb die Wohlthat des Opatantenvertrages nicht genießen, wurden bald auf das rücksichtsloseste gezwungen und gepufft — der Abgeordnete Hansen wählte bei der Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Reichstage Schauerdinge davon zu erzählen, die auf fast allen Seiten des Hauses Entsetzen erregten: selbst die Vertreter der Gewaltpolitik gegen die preussischen Staatsbürger dänischer Junges, so hatten sie sich die Wirkung dieser Politik doch nicht vorgestellt. Aber in der Provinz selber schwall dieser scharfe Wind immer mehr und mehr an, und erst dieser Tage hat der Regierungspräsident Uheri in einer Festrede gegen die „ügellose Agitation von dänischer Seite“, die notwendigen Gegenmaßnahmen“ angedroht. Eine neue „Ära Köler“ kündigt sich allen Anschein nach für Schleswig-Holstein an, und der Fall Amundsen ist nur die Südpolart, mit der sie sich anmeldet.

Der „Deutsche Verein“ kann sich also ins Häufchen lachen. Es ist das eine Organisation, die zur Vergiftung des Nationalitätenkampfes in Schleswig-Holstein unendlich viel beiträgt und die politisch auf derselben Höhe steht und mit demselben Terrorismus arbeitet wie der Ostmarkenverein oder der Reichsverband. Die erste Geige spielen in diesem Verein natürlich Beamte, die ihre subalternen Liebermenscheninstinkte mit der Brutalisierung harmloser Dänen befriedigen können und noch nebenbei rasch Kitz, Sporen der bürokratischen Leiter heraufsteigen wollen. Und sie steigen rasch! Dr. Hahn, der lauteste Heerführer im Streit gegen die Dänen, wurde mit dreihundertjährig Jahren Landgerichtspräsident in Kiel und das Essen, auf dem Regierungspräsident Uheri seine Schatzkammerrede hielt, galt dem Abschied des Landrats von Haderleben, Dryander, der seit als der Schlimmste der Schlimmen genannt wurde und den man jetzt, in Anerkennung seiner „Verdienste“, in das Ministerium des Innern berufen. Aber selbstverständlich wird die antidänische Gewaltpolitik nicht von den Beamten allein inspiriert und geführt, sondern sie haben ihren Rückhalt an einer mächtigen Partei, und zwar sind die Konservativen genau so die Stützen der sogenannten Nordmarkenpolitik, wie sich die Nationalliberalen als Helfershelfer der sogenannten Ostmarkenpolitik geben.

Vegreifflich ist es ja, daß die ostelbischen Junker Dänemark mit dem dumpfen Haß hassen, den Barbaren einem wirklichen Kulturstaat entgegenbringen. Denn diesen ehrenvollen Titel verdient Dänemark. Sein Jahresbudget weist für Kulturzwecke im Verhältnis ungleich höhere Summen auf als die anderer Staaten. Die allgemeine Volksbildung ist denn auch in Dänemark mit seinen zahlreichen Volkshochschulen so entwickelt wie in keinem anderen Lande, und auch das muß die Junker zu Grimm und Groß aufreizen, da sie in der Dummheit und Unwissenheit der Massen den festesten Stützpunkt ihrer Macht sehen. In der Tat schrieb die „Kreuzzeitung“ vor einigen Jahren:

Gerade das Beispiel Dänemarks ist ein schlagender Beweis dafür, was bei dieser Treibhausarbeit der Verbreitung von Volksbildung herauskommt. Die äußerste Linke, die sich von der Sozialdemokratie nur dem Namen nach unterscheidet, regiert dort jetzt unumschränkt. Wer ist so kurzschichtig, hier nicht die Finger der unermüdeten Bildungsarbeiter zu sehen, die es endlich so weit gebracht haben, daß die demokratische Strömung das ganze Land überflutet und einen weiten See daraus macht, aus dem nichts mehr hervorraagt.

Ein wildes Land wahrhaftig! Es lebe die Dummheit! Aber die Hut der Junker gegen Dänemark und ihre Sehnsucht nach der Politik der knallenden Peitsche in Schleswig-Holstein entspringt mehr noch als ihrem Kulturhaß und ihrem Bildungshaß ihrem unerfüllten Profitgier. Dänemark nämlich ist, auch ohne Schulzölle, ein Vorrat, ein Agrarstaat allerersten Ranges. In den letzten vier Jahren, deren Ziffern des „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ mitteilt, hat sich um die Einfuhr von dänischen Äpfeln und dänischem Rind- und Kalbfleisch nach Deutschland verdoppelt, und ebenso verhält es sich mit der Einfuhr von Milch und Rahm. Im Jahre 1911 führten wir für 8 Millionen Mark Milch ein, davon für 2 Millionen aus Dänemark, und von den 28 Millionen Mark, die Deutschland im gleichen Jahre für die Einfuhr von Rahm zahlte, entfielen gar 22 Millionen auf Dänemark. Nun schreien sich unsere Junker seit langem die Köhlen heißer nach einem Milch- und Rahmzoll, der natürlich die handelspolitischen Beziehungen zu Dänemark noch mehr tödlich mürbe, als sie es schon heute sind. Diese ostelbischen Milch- und Rahmproduzenten haben also ein brennendes Interesse daran, daß die allgemeinen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark so schlecht wie nur möglich sind, denn von jeder Besserung der politischen Verhältnisse befürchten sie wirtschaftliche Zugeständnisse der deutschen Regierung an Dänemark. Wenn sich aber Berlin und Kopenhagen wie Hund und Katze gegenüberstehen, dann ist auch Aussicht auf wirtschaftliche Zurückdrängung der Dänen, dann kann die Quarantänebefehle an der dänischen Grenze bei der Einfuhr lebenden Viehes noch schärflicher aufgestellt werden, und verlockend taucht der Milch- und Rahmzoll vor den begehrlichen Blicken unserer Ostelbier auf. Und das beste Mittel, die Spannung zwischen Berlin und Kopenhagen aufrechtzu-

erhalten, ist die niederträchtige Drangsalierung der dänisch sprechenden Schleswig-Holsteiner!

Hier liegt der Hund begraben! Daraus ist den Junkern die schroffste „Nordmarkenpolitik“ noch lange nicht schroff genug, und so schlägt agrarischer Eigennutz die Weide von Milch und Rahm zum Südpol und zu dem Verbot, daß zur Schande des deutschen Namens seinen Entdecker traf. Diese Schande aber ist mit dem notgedrungenen Rückzug der Regierung in diesem einen Falle noch lange nicht ausgelöscht. Die Schmach brennt fort, so lange diese scheußliche Nordmarkenpolitik dauert.

Politische Uebersicht.

Die „Wades“ von Zabern.

Noch immer fehlen zuverlässige, genaue Nachrichten über den Krawall in Zabern; doch muß hervorgehoben werden, daß die elsässische Presse die Vorgänge wesentlich anders darstellt, als der offiziöse Wolffsche Bericht. So berichtet z. B. der „Elsässer“ unter der Ueberschrift „Die Folgen der Herausforderung“:

„Unser gutes altes Zabern, das seit seiner Erbauung schon manden Sturm in seinen Mauern erlebte, wird heute die Krone alles dessen gesehen haben, was in „friedlichen Zeiten“ nur irgendwo denkbar ist. Der heute gegen 6 und 8 Uhr nachmittags seine Schritte in das sonst so friedliche Städtchen lenkte, glaubte sich in frühere Zeiten zurückversetzt, in denen dem freien Bürger jedes persönliche Recht genommen und er nur einer „feudalen“ Herrschaft untertan war. Soldaten mit schußbereiten Gewehren, Polizisten, Gendarmen, Feldhüter und Feuerwehrlente in allen Gassen in der Mitte der Stadt. Der reine Belagerungszustand!

Der Grund ein freiherrlicher Leutnant von Forstner, der seine ihm unterstellten elsässischen Rekruten in unerhörter Weise beleidigte. Man hätte erwarten sollen, daß der Regimentskommandeur Oberst v. Reutter, ein sehr ritterlicher Offizier, diesen jungen Leutnant, der nicht einmal die nötigen Jahre besaß, die ihn zu einer öffentlichen Meinungslage berechnen würde, doch nichts davon. Wie einen Schlag ins Gesicht mußte man es empfinden, daß der Leutnant Forstner von Reutter nach wie vor seinen Dienst ausübte und heute, Sonntag, sogar den Ortsherrn hatte.

Gestern Abend kam es vor der Weinwirtschaft „Zum Karpfen“, in der sich der Forstner mit einigen Kameraden befand, zu einer großen Demonstration, und nur dem Platzkommandeur, Oberst v. Reutter, der selbst unter der zu Hunderten angewachsenen Volksmenge erschien, eine Ansprache hielt und dann mit einem andern Offizier den Leutnant v. Forstner in die Schloßkaserne führte, ist es zu danken, daß keine verhängnisvollen Zusammenstöße sich ereigneten. Schon da wäre es einsichtig gewesen, wenn den Herren Offizieren der Befehl geworden wäre, sich so wenig wie möglich unter der erregten Volksmenge zu bewegen. Statt dessen promenierte einige der jüngsten Leutnants in herausfordernder Weise, die Hand am Säbelkopf, unter der erregten Menge.“

Uebrigens soll bereits in früheren Fällen der Leutnant v. Forstner, dessen Patent erst vom 18. August vorigen Jahres datiert, sich sehr herausfordernd benommen haben. So weiß die „Merkmale“ „Germania“ zu berichten:

„Zur Charakteristik des Herrn v. Forstner noch folgendes: Dieser Leutnant rief in der Inspektionsstunde die Elsässer nicht anders, als mit der Bezeichnung: „Du Wades“ auf. Der beschuldigte Unteroffizier Höflich sandte die „Elsässer“ einzeln zu dem Leutnant v. Forstner, wo sie sich mit den Worten melden mußten: „Ich bin ein Wades.“

Mit der schönen offiziellen Versicherung, daß Leutnant v. Forstner mit den „Wades“ nicht die einheimische Bevölkerung, sondern lediglich die „Strolche“ und „Kowdies“ gemeint habe, stimmt diese Meldung schlecht überein, man müßte denn annehmen, Herr v. Forstner betrachte alle Elsässer als Kowdies.

Am Montagabend ist es in Zabern zu neuen Tumulten gekommen. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet darüber:

„In Zabern ist es auch heute wieder zu großen Straßendemonstrationen gekommen. Zunächst sammelte sich die Schuljugend an, die dem Obersten des 99. Infanterieregiments bei einem Versuch, eine Beschwichtigungsbrede auf der Straße zu halten, denselben Empfang bereitete wie gestern. Von 7 Uhr an sammelte sich eine hunderteilige Menge am Eingang der Straße, in der v. Forstner wohnte, und wartete auf den Moment, in dem er sich aus der Kaserne nach Hause begeben würde. Die Menge wuchs gegen 9 Uhr immer mehr an, verhielt sich aber ruhig, von einigen Pfiffen, Schreien und abgebrannten Raketen abgesehen. Ganz unerwartet und ohne jeden ersichtlichen Grund tauchten mit einem Male berittene Gendarmen auf, die rücksichtslos in die Menge hineintraten. Das Bild, das sich in kurzer Zeit entwickelte, gehörte zu den denkbar beschämendsten. Als ob es gelte, die schlimmste Revolution niederzudrücken, jagten die immer aufgeregter werdenden Polizisten über die Fahrdämme und Bürgersteige. Ueber eine Stunde lang trieben die Gendarmen die Menge etwa 200 Meter die Straße auf und ab, ein Bemühen, das infolge des Reibens und der örtlichen Verhältnisse seinen Zweck vollkommen verfehlte. Vereinzelt wurden Steine geworfen und Verhaftungen vorgenommen. Einmal wurde aus der Menge heraus ein Schuß in die Luft abgegeben. Fünf Schritte vor mir wurde ein Mann verhaftet, der der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht in demselben Momente Folge leistete, in dem sie erging. Fünf Schußleute bemühten sich um ihn, und als die Menge gegen sie vorging, kamen überdies noch drei Reittiere hinzu. Die ganze Aktion der Polizei ließ große Aufregung und Hilflosigkeit erkennen. Um 10½ Uhr etwa schien die Polizei endlich das Zwecklose und Fruchtlose ihrer Bemühungen einzusehen und zog sich kurz darauf zurück. Vielleicht noch eine halbe Stunde joblte und pfiff die Menge, und um 11½ Uhr lag der Schloßplatz verhältnismäßig ruhig da.“

Die Präsidentenwahl im sächsischen Landtage.

Die nationalliberale Fraktion scheint sich den Befehlen der Konservativen fügen und dafür sorgen zu wollen, daß kein Sozialdemokrat in das Präsidium des sächsischen Landtages gewählt wird. In der „Sächsischen nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, der Abg. Heitner, einen Artikel, in welchem er darlegt, daß die nationalliberale Fraktion an dem Standpunkt festhalte, den sie bereits in der vorigen Session des Landtages zur Präsidentenwahl eingenommen habe. Sie werde also auch diesmal nicht für einen Sozialdemokraten stimmen. Wenn auch eine Einigung über die Besetzung des bisher von den Sozialdemokraten innegehabten Schriftführerpostens noch nicht erzielt ist, so sei doch zu hoffen, daß unter den bürger-

lichen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden könne. Die Konservativen wollen also sowohl gegen den Genossen Frähdorf als Vizepräsidenten, wie auch gegen den Genossen Heitner als Schriftführer des Landtages stimmen und damit den Wünschen der Konservativen Rechnung tragen, die ihrerseits wieder darauf verzichteten, Ansprüche auf den Posten des ersten Präsidenten zu erheben.

Herr Euler und die Zentrumspreffe.

Der größte Teil der Zentrumspreffe ignoriert kurzweg die gegen den Zentrumsabgeordneten Euler erhobenen Anschuldigungen; die wenigen kirchlichen Blätter aber, die meinen aus irgendwelchen Gründen an der überflutenden Flut nicht vorübergehen zu dürfen, stellen die eigenartigen Praktiken des frommen Herrn als reine Privatangelegenheit hin, welche die Öffentlichkeit nichts angeht.

Zuerst hat sich, soweit wir zu sehen vermögen, die „Westf. Volksztg.“ in Bochum mit Herrn Eulers geschäftlicher Ausnutzung seiner Stellung als frommer Zentrumsabgeordneter beschäftigt. Das Blatt meint: „Wenn die Zentrumspreffe sich zu der Gelegenheit bisher nicht geäußert hat, so lag das daran, weil man zunächst Aufklärung seitens des Angegriffenen erwartete.“ Man wisse ja, daß die Sozialdemokratie, wenn es gilt, dem Gegner einen Dieb zu verzeihen, es mit der Wahrheit für gewöhnlich nicht sehr genau nimmt.“

Das Blatt verheimlicht natürlich seinen Lesern, daß die ganzen Anklagen sich nur auf dokumentarisches Material, nämlich auf von Euler selbst geschriebene, im Wortlaut veröffentlichte Briefe, stützen.

Die „Mülheimer Volkszeitung“ in Mülheim a. Rhein, in deren nächster Rochbarschaft Euler wohnt, nennt Eulers Briefwechsel „nicht immer sehr erbaulich“; sie hält „es auch nicht für unbedenklich, daß ein Abgeordneter in dieser Weise unter Benützung seines Einflusses, den er durch seine parlamentarischen Mandate erhalten hat, für eine Versicherungsgesellschaft tätig ist; aber unehrenhaft war die Tätigkeit des Abgeordneten Euler, wie sie sich aus dem Briefwechsel ergibt, nicht.“

Ueber Geschmack läßt sich mit einem Blatt von den Qualitäten des Mülheimer Zentrumsorgans nicht streiten. Bei der Bewertung des Treibens des kirchlichen Parlamentarier wird man andere Sachverständige hören müssen. Und da sei darauf hingewiesen, daß beispielsweise die „Frankfurter Zeitung“ Eulers Vorgehen als „eine politische und parlamentarische Korruption“ bezeichnet; die öffentliche Meinung müsse „einen so schweren Mißbrauch auf das schärfste verurteilen.“

Am Sonnabend brachte auch die „Germania“ ihre erste Lebensäußerung im Fall Euler, und die Dortmund „Tremonia“ vom letzten Montag enthält die gleiche Notiz, die aufeinander aus einem Korrespondenzbureau stammt. Es wird gesagt, daß die Wortworte gegen Euler von seiner Betätigung „als früherer Reichstagsabgeordneter“ herrührten. Diese Fassung muß die Leser irre führen, denn Eulers Treiben, das sich auf einen Zeitraum von acht Jahren erstreckt, spielt sich vom Anfang bis zum Ende während des Bestehens seines Reichstagsmandats ab. Weiter meint die „Germania“, es handle sich zunächst um eine Privatangelegenheit (!) des Herrn Euler, die für die Öffentlichkeit kaum Interesse hat.“

In Wirklichkeit ist von uns aus den Briefen alles weggelassen worden, was sich mit Privatangelegenheiten befaßt. Herr Euler hätte als Privatmann niemals die mit der Versicherungsgesellschaft „Deutschland“ vereinbarten Funktionen übernehmen können. Die Gesellschaft hat sich Herrn Euler ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Parlamentarier gekauft, nachdem er in einem Briefe selber erklärt hatte, daß er „besonders auch als Mitglied der Zentrumsfraktion“ das „uneingeschränkte Vertrauen“ des katholischen Klerus fast in ganz Deutschland, vorzugsweise aber in Rheinland und Westfalen besitze, er hat speziell Empfehlungen für seine beiden Wahlkreise verfaßt und diese Wahlkreise mit dem Agenten F. gemeinsam bereist; er hat elf Empfehlungsschreiben auf Briefbögen mit dem amtlichen Stempel des preussischen Abgeordnetenhauses und mit seiner Unterschrift als Abgeordneter für die Verbeidung der „Deutschland“ hergegeben. Ein früheres Empfehlungsschreiben unterzeichnete er: „Euler, Reichs- und Landtagsabgeordneter“. Der Inhalt dieser Empfehlungsschreiben war un wahr: seinen Sohn hat Euler zugestandenemahen nur in die Versicherung aufnehmen lassen, damit diese Lasten den Mißbrauch seiner Mandate zu Privatweden verleierte. Die Besuche bei Bischof Korum in Trier und bei Kardinal Fischer in Köln waren ihm nur in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und Inhaber von Ehrenämtern zweier Handwerkerorganisationen (Rheinischer Handwerkerbund und Handwerksammer für den Regierungsbezirk Köln) möglich. Den Kölner Kardinal wollte er unter anderem auch gelegentlich einer Sitzung des Gesamtkomitees der Rheinischen Handwerkerausstellung, dessen Ehrenvorsitzender Kardinal Fischer war und wozu Euler als Vorstandsmitglied gehörte, für die Zwecke der Gesellschaft einlangen. (Brief vom 27. März 1905.) Auch seine Festreden in den katholischen Gesellenvereinen, in die er Empfehlungen der „Deutschland“ hineinschmuggelte, hielt er doch nicht als Privatmann, ebensowenig wie andere Propagandareden in „zahllosen Versammlungen“ der Handwerker. Ferner: Die „Deutschland“ sandte ihm (4. November 1907) eine Eingabe des Verbandes der Lebensversicherungsgesellschaften an Reichstag und Reichsausschuß mit der Bitte, über diese Angelegenheit sich mit den Herren Mitgliedern seiner Fraktion unterhalten zu wollen. Weiter hat sich Euler gerühmt, seine Fraktion für die verlichtigte Wohnrentenversicherung breitgeschlagen zu haben. In dem Briefe vom 18. 8. 11 schrieb denn auch Herr Euler: „Die im Interesse der Gesellschaft geübte Tätigkeit im Reichstage brauche ich nicht extra hervorzuheben.“

Nach der Behauptung der „Germania“ und der „Tremonia“ sind das alles Dinge, die „für die Öffentlichkeit kein Interesse“ haben!

Die ganze Behandlung des Falles Euler durch die kirchlichen Blätter beweist, wie wurmfischig die kirchliche Moral ist.

Vertraulich! — Eilt! — Geheim!

Die Gefinnungsschnüffelei in Preußen kennt keine Grenzen. Das beweisen wieder zwei amtliche Schriftstücke, die unserem Kasseler Parteiblatt auf den Redaktionstisch geflogen sind. Das erste lautet:

Vertraulich!

Agl. Eisenbahn-Werkstättenamt A. Kassel, 1. Oktober 1913
G. gefl. N. an Agl. Polizeipräsidium in Kassel.
Es wird um gefällige Mitteilung erbeten, seit wann der Kaiser Alexander N. . . . geboren am 17. März 1880 zu Kassel, dort wohnt und ob er sich in seinen Lebensverhältnissen ahtbar und unbescholten geführt und an ordnungsgemäßen Bestrebungen sich nicht beteiligt hat.
Nach seiner Angabe hat er bisher gewohnt (folgt Straße und Hausnummer) (Unterschrift).

Das Polizeipräsidium in Kassel bezieht sich, dem ihm unterbreiteten Wunsch schnell und gründlich gerecht zu werden. Sobald

das Erziehen beim Polizeipräsidium eingelaufen war, erhielt es dort den polizeilichen Stempel und den mit Rotstift ausgeführten Vermerk: „Eilt II“. Sofort trat Abteilung II (die Kriminalpolizei) in Funktion und legte das Resultat ihres „Aufklärungs“dienstes in folgendem Dokument nieder, an dessen Ausfüllung sich nicht weniger als fünf Abteilungen der Polizeiverwaltung beteiligten:

Eilt!

Abteilung II (6), II 11 500.

Rassel, den 2/10. 13.

Laut auf bei: 1. dem Meldeamt, 2. der politischen Polizei, 3. der Verl.-Kst.-Bew. II, 4. dem Strafverzechnis bei C., 5. dem 4. Polizeirevier.

Zu 1.: die Personalien stimmen; gemeldet v. 17./8. 80 bis 13./10. 00, 26./9. 02 bis 14./5. 04 und seit 22/6. 04.

Zu 2.: C. II (Polit.) an 4./10., ab 6./16.: KL ist Sozialdemokrat.

Zu 2. und 3.: kommt als bestraft nicht vor.

Zu 4.: 7/4. an 7/10.

Zu 5.: Nachteiliges ist nicht bekannt.

Das Polizeipräsidium verfaßt das Schriftstück noch mit dem handschriftlichen, rot und blau unterstrichenen „Geheim“. Auch die Bemerkung der politischen Abteilung des kaiserlichen Polizeipräsidiums „KL ist Sozialdemokrat“ wurde rot unterstrichen! — Geheim! Eine charakteristische Einschätzung der von der Polizei auf Wunsch ausgefertigten schwarzen Liste! Geheim bleiben soll es, daß die kaiserliche politische Polizei Preußens von der ersten besten Dienststelle der dem Minister Breitenbach unterstellten Eisenbahnverwaltung in Bewegung gesetzt werden kann, um die Anstellung eines sozialdemokratischen Geinung verdächtigen Proletariats zu verhindern, oder zu ermöglichen, daß so ein „waterlandlofer Geiste“ bei der ersten sich bietenden Gelegenheit kurzerhand auf Straßenpflaster gesetzt werden kann. Geheim bleiben soll es, daß die politische Polizei trotz des neuen Vereinsgesetzes, laut welchem die Namen der Mitglieder der politischen Vereine der Polizei nicht mehr mitgeteilt werden, dennoch in der Lage ist, prompt sagen zu können: der und der ist Sozialdemokrat!

Plaffen und Junker vereinigt Euch!

Diese Lösung hat der Zentrumsführer Dr. Karl Baumbach laut der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 961) auf dem westpreussischen Zentrumsparteitag ausgegeben:

„Bei dem Hinweis auf das Zentrum als monarchistische Partei erinnert Redner daran, daß Kaiser Wilhelm, der so treu den Frieden bewahrt hat, in schmutzigen Wäldern, die ein deutscher Mann nicht in die Hand nehmen sollte, die schamhaftesten Angriffe sich gefallen lassen muß. Wir weisen dieselben mit Empörung zurück und treten um so mehr hinter den Kaiser, ihn und sein Haus und den monarchischen Gedanken zu schätzen. (Beifall.) Das Zentrum wird in Zukunft zum Schutze des monarchischen Gedankens noch bessere Verbindungen nach rechts suchen müssen.“

„Aberdings müssen die Junker vorher noch einige Untugenden ablegen:

„Es (das Zentrum) muß von den Konservativen verlangen, daß sie sich ihre Wege nicht vom Evangelischen Bund diktiert lassen. Mit der theoretischen Anerkennung der Gleichberechtigung des katholischen Volksteils ist es nicht getan, wie verlangen auch die praktische Anerkennung. (Gehr richtig!) Damit hupert aber gerade in Westpreußen. Nirgends hat man solche Zustände wie hier, nirgends besuchen so viele katholische Kinder protestantische Schulen. Von all ihren Vätern ist kein einziger Katholik, obwohl mehr als die Hälfte der Einwohner katholisch ist, und ich glaube, seit Westpreußen preussisch wurde, ist kaum jemals ein Landrat katholisch gewesen.“

Wenn das Zentrum demnächst zur Aufrechterhaltung hoher Getreidepreise mitwirken, nehmen die Agrarier in Westpreußen vielleicht auch ein paar Taufschneekatholiken am Stammtisch auf.

Bauunternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung.

Mit am schlimmsten leiden bekanntlich unter der gegenwärtigen Krise die Bauarbeiter, die schon durch die Saisonarbeitslosigkeit regelmäßig zu längeren Feiern- und Notzeiten gezwungen werden. Trotzdem gehören die Unternehmer dieses Gewerbes zu den lautesten Gegnern einer Arbeitslosenversicherung. So hat wieder erst vor wenigen Tagen die Organisation der deutschen Bauarbeiter in einer Versammlung ihres Gesamtvorstandes gegen die öffentliche Arbeitslosenunterstützung demonstriert. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe weist auf die ungeheure Belastung hin, die die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz den Arbeitgebern bereits gebracht haben und die eine Erhöhung durch etwaige Beiträge zur Unterstüzung arbeitsloser Arbeiter nicht mehr zuläßt, ohne zahlreiche Existenzen zu gefährden. Er weist auch auf die vielen Millionen betragenden Vermögensbestände der Arbeiterverbände hin, deren Ansammlung infolge der fortgesetzten erheblichen Lohnerhöhungen in der letzten Zeit möglich gewesen und die, wie in vielen Verbänden bisher schon, eine geeignete Grundlage für die Unterstüzung der arbeitslosen organisierten Arbeiter bilden können, ohne daß sie durch Zuschüsse des Reiches, des Staates oder der Gemeinden ergänzt zu werden brauchen. Derartige Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln würden nur gerechtfertigt sein, wenn sie gleichzeitig auch für die erwerbslosen Angehörigen anderer Bevölkerungsklassen, insbesondere der Gewerbetreibenden, zur Verfügung gestellt würden. Der periodisch wiederkehrenden Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter infolge der Witterungsverhältnisse ist durch die Gewährung verhältnismäßig hoher Löhne Rechnung getragen, ihren Folgen wird daher auch weiterhin auf dem Wege der Selbsthilfe seitens der Bauarbeiter begegnet werden können.“

Der Hinweis auf die Löhne ist unbedeutend, da heute in anderen Berufs, die keine regelmäßige Saisonarbeitslosigkeit kennen, ebenso „hohe“ zum Teil noch höhere Löhne gezahlt werden wie im Baugewerbe.

Völlig deploziert wirkt auch die Bemerkung über die Vermögensbestände der Gewerkschaften. Ja, zählt denn die Unternehmerorganisation aus ihrer Kasse Unterstützungsbeiträge für ihre Mitglieder, die etwa durch die Krisis auf dem Baumarkt verfrachtet sind? Soweit es den Gewerkschaften möglich war, haben sie mit ihren geringen Mitteln eine Arbeitslosenunterstützung bereits durchgeführt. Aber diese Selbsthilfe entbindet selbstverständlich die Unternehmer und das Reich nicht, Arbeitslose vor den Gefahren unverschuldeter Not zu schützen.

Belgien.

Zusammentritt des Parlamentes.

Brüssel, 11. November. Das Abgeordnetenhaus und der Senat sind heute zur ordentlichen Session zusammengetreten. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde Schoellack, zum Präsidenten des Senats Baron de Favereau wiedergewählt.

England.

Eine Flottenrede Churchills

London, 10. November. Unsere Seemacht hat seit jenen beiden früheren Gelegenheiten, bei denen wir hier zusammenkamen, eine größere Entwicklung genommen, sowohl tatsächlich wie relativ. Sie dürfen jedoch nicht annehmen, daß gegenwärtig ein Nachlassen

unserer Bemühungen möglich ist, noch dürfen Sie glauben, daß eine Verminderung der Last, die wir tragen und die jedes andere Land außer dem unseren erbrüden würde, in unmittelbarer Zukunft wahrscheinlich ist. Die Stärke und die ungebrochene Entwicklung der deutschen Marine und der Umstand, daß viele große und kleine Mächte auf der ganzen Welt gleichzeitig große moderne Kriegsschiffe bauen, werden zweifellos von uns Ausgaben und Anstrengungen verlangen, die größer sind, als wir sie und jemals zuvor in Friedenszeiten auferlegt haben. Nächstes Jahr wird es meine Pflicht sein, falls ich noch weiterhin für dieses wichtige Amt verantwortlich bin, im Parlament Vorschläge zu unterbreiten, die wesentlich höher sind, als die ungeheure Summe, die ursprünglich im gegenwärtigen Jahre bewilligt wurde. Die Regierung wird gern jede günstige Gelegenheit ergreifen, um den Wettbewerb in den Marine- und Heeresrüstungen zu vermindern, die unheilvoll und ein Vorbild für das moderne Europa sind. Was aber notwendig ist, muß getan werden (Beifall), und wir werden keinen Augenblick zögern, uns frank und frei um Bewilligung von Mannschaften und Geld an das Parlament zu wenden.

Während wir unsere Ueberlegenheit an Linien Schiffen wirksam aufrechterhalten, ist unser Unterseedienst über zweimal so stark, als der der nächststärksten Seemacht. Selbst in den Regionen der Luft hat die britische Marine den Wettbewerb keiner anderen Marine zu fürchten. Die britische Marine hat hierin einen Punkt des Fortschritts erreicht, der allem voraus ist, was anderwärts erreicht worden ist.

Rußland.

Nach dem Weills-Prozess.

Petersburg, 11. November. Die Blätter äußern sich heute über das Urteil im Weills-Prozess. „Nowoje Wremja“ sagt: Das Urteil entspricht den strengsten Forderungen moralischer Vorsicht und juristischer Genauigkeit. „Njeisch“ sagt: Weills' Freisprechung ist ein Ventil für die Erregung der Gesellschaft, aber die elementarste Voraussetzung muß den Staatsbehörden liegen, daß es unmöglich ist, sich mit der Feststellung des Urteils, daß der Nord in der Saigonschen Fabrik begangen sei, zufrieden zu geben; der Verbrecher muß geurteilt werden. „Russkija Wjedomosti“ schreiben: Die Verurteilung Weills wäre eine Schmach für die Nation gewesen; das Gewissen des Volkes fühlt sich infolge der Einsicht der Geschworenen erleichtert. „Nro Rossii“: Das Urteil bedeutet einen Schlag für die Franzosen, deren politische Sonderinteressen die Justiz auf den Weg dieses Ritualmordprozesses geführt haben. Die rechtsstehende „Semtschchina“ führt aus: Wenn Weills unschuldig ist, dann müssen die Tschewerjak und die anderen Zeugen gefaßt werden, die zweifellos mit dem Nord in Verbindung stehen. Das Verfahren müsse fortgesetzt, vor allem aber die Polizei von Riew fortgejagt werden, die sich als ein Haupthindernis für den Erfolg des gerichtlichen Vorgehens erwiesen habe.

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

Washington, 11. November. Staatssekretär Bryan hatte mit dem mexikanischen Geschäftsträger eine Unterredung, in welcher er ihm erklärt haben soll, daß die Vereinigten Staaten die Wahl des mexikanischen Kongresses für ebenso ungültig ansähen, wie die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Auch mit den europäischen Diplomaten hatte Bryan eine Unterredung; er teilte ihnen die Maßnahmen mit, welche die Vereinigten Staaten in Mexiko ergreifen haben.

Ein Telegramm aus Mexiko meldet, daß die Zurückziehung von Geld aus der Bank von London und Mexiko und der Nationalbank gestern eine beträchtliche Höhe erreichte. In mehreren Straßen bildeten die Leute, die ihr Geld zurück haben wollten, lange Reihen. Der Direktor der Nationalbank erklärte, daß die meisten der Geldhaber keine Spazier gewesen sind.

Ausquith über die mexikanische Politik.

London, 10. November. In einer Rede auf dem Guildhall-Bankett erklärte Premierminister Ausquith: Die britischen Interessen in Mexiko verlangten volle Wachsamkeit. Eine politische Intervention Englands in die inneren Verhältnisse Mexikos, Zentral- oder Südamerikas habe in der Vergangenheit und Gegenwart stets ganz außer Frage gestanden. Das Aeußerste, was England tun könnte, wäre, seine Untertanen und ihr Eigentum zu schützen. Ausquith wies nachdrücklich die Gerüchte zurück, als ob England absichtlich der amerikanischen Politik hätte entgegenzutreten wollen. England habe Querta anerkannt, weil er die tatsächliche Regierungsgewalt darstellte. Die englische Politik habe sich seitdem in keiner Weise geändert. England sei bereit, anzunehmen, daß, welche Politik die Vereinigten Staaten auch verfolgten, sie die legitimen kommerziellen Interessen anderer Länder in Mexiko ebenso berücksichtigen würden wie ihre eigenen. Der Gedankenaustausch zwischen England und Amerika sei beiderseits mit größter Offenheit und Vergleichlichkeit erfolgt.

Aus der Partei.

Personalien. Zum Nachfolger Wilhelm Gewehrs als politischer Redakteur der „Freien Presse“ in Elberfeld ist Genosse Otto Kiebuhr, politischer Redakteur der „Nieder-rheinischen Arbeiterzeitung“ in Duisburg, gewählt worden. Genosse Kiebuhr wird sein neues Amt voraussichtlich am 1. Januar 1914 antreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zentrumswoffen.

Begen Verleumdung des Genossen Grumbach wurde Sonnabend in Strahburg der Redakteur und Zentrumsabgeordnete Abbe Rary zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In einem Gerichtsbericht über den Prozeß des Abgeordneten Wetterlé gegen die „Tägliche Rundschau“, die die Behauptung aufgestellt hatte, die Nationalistenführer Wetterlé, Kress und Blumenthal hätten in Frankreich 130 000 Fr. Wahlgelder gesammelt, wurde in dem Blatte des Priesters Mary der Titel „Ein sozialistischer Spigel“ gebraucht und im Bericht selbst der Name des Genossen Grumbach-Paris in nicht mißverständlicher Weise angeführt. Genosse Grumbach erhob darauf Klage und bot Beweis dafür an, daß die Behauptung von politischer Spitzerei aus Kolmarer Nationalistenkreisen stamme, um damit Geschäfte zu machen und den politischen Gegner zu verächtlichen. Die Beweisführung wurde zwar abgelehnt, im Kladeher jedoch der Abgeordnete Wetterlé als derjenige bezeichnet, der zuerst den Namen Grumbach in Verbindung mit dem Wort politischer Spigel nannte.

Jugendbewegung.

Die kaiserliche Gnadensonne.

Am Sonntag wurde auf Fort Spigberg der Festung Silberberg i. Schl. ein Erholungs- und Uebernachtungsheim für den Jungdeutschlandbund eingeweiht, das der Kaiser gestiftet hat. Interessant ist, daß die bürgerliche Presse über das Heim selbst und seine Räume kein Sterbenswörtchen bringt, dagegen führt sie alle die hohen Herrschaften auf, die dem Häuschen die rechte Weibe verleihten sollten. Da waren erschienen: Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit Gemahlin, Oberpräsident der Provinz Schlesien v. Guenther, Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz, General der Kavallerie z. D. Freiherr v. Spiffing, General der

Infanterie z. D. v. Woyrsch, Vertreter der Militär- und Zivilbehörden und der Stadt Breslau, die Mitglieder des Präsidiums des Jungdeutschlandbundes u. a. Nach katholischen und evangelischen Predigten durch die Ortsgemeinden sprach der Vorsitzende des Provinzialverbandes der Provinz Schlesien des Jungdeutschlandbundes, General Freiherr v. Sedendorf, dem Kaiser den Dank für die Stiftung aus. Oberpräsident v. Guenther teilte bei der Gelegenheit mit, daß der Kaiser einer Anzahl Personen, die sich um die Jungdeutschlandbewegung in der Provinz Schlesien verdient gemacht haben, Orden verliehen hat.

Eine Bezirks-Jugendkonferenz für Schleswig-Holstein und Lübeck tagte am Sonntag, den 9. November in Neumünster. Die Konferenz war besucht von 59 Personen, darunter 43 Vertretern der örtlichen Jugendauschüsse. Zurzeit bestehen in der Provinz 15 örtliche Jugendauschüsse, bei denen 1953 Jugendliche gemeldet sind. Dazu kommen noch 654 Jugendliche in fünf schleswig-holsteinischen Orten, die der Hamburger Jugendbewegung angeschlossen sind. Die Konferenz beschloß ein Statut des Bezirks-Jugendauschusses. Genosse William-Kiel sprach in eingehendem anregendem Vortrage über Bildungsarbeit bei der Jugend im allgemeinen. Genosse Wilhelm-Kiel gab eine Reihe von praktischen Vorschlägen für die Erziehung und Unterhaltung in den Jugendheimen. Genosse Ristau-Kiel besprach die Hindernisse, die unserer Jugendarbeit entgegenstehen und machte Vorschläge, wie ihnen zu begegnen ist. Die Arbeit für die Jugendbewegung im nächsten Jahre skizzierte Genosse Adler-Kiel. Der Bezirks-Jugendauschuss wurde von der Konferenz ermächtigt, zur Beschaffung eines Lichtbildapparates und wegen gemeinsamen Vorgehens von Redaktoren und Künstlern mit der Bezirksbildungskommission Hand in Hand zu arbeiten. Weiter wurde beschlossen, eine Bezirksleihbibliothek zu schaffen, deren Bestände benutzt werden sollen, um den einzelnen Jugendauschüssen fortwährend geeignetes Material zum Vorlesen zu sichern. Der Bezirksauschuss soll die Bildungskommissionen der einzelnen Orte zu Vorträgen für Jugendliche über achtzehn Jahre veranlassen. Auch soll der Bezirksauschuss fortlaufend statistische Erhebungen über die Jugendbewegung und ihre Arbeiten im Bezirk und in den einzelnen Orten veranlassen. Der Beitrag der örtlichen Jugendauschüsse wurde auf 5 Proz. der jährlichen Einnahme festgesetzt. Als Sitz des Bezirks-Jugendauschusses wurde wieder Kiel, als Vorsitzender Genosse Adler-Kiel und als Kassierer Genosse William-Kiel wiedergewählt. Mit der Konferenz waren vier recht lehrreiche Ausstellungen verbunden, in welchen die Schul-Literatur, die gute Jugendliteratur, Spiel- und Wandergüter und die Gefahren des Alkoholismus veranschaulicht wurden.

Arbeiterjugend vor Gericht.

Das Vorgehen des Vahrenther Stadtmagistrats gegen die Arbeiterjugendbewegung hatte ein Nachspiel vor dem dortigen Schöffengericht. Schon vor zwei Jahren wurde ein Jugendverein gegründet, der aber von der Polizei unmöglich gemacht wurde, weil es ein „politischer“ Verein sein sollte. Im vergangenen Sommer wurde neuerdings der Versuch gemacht, die proletarische Jugendbewegung zu sammeln und weiter zu bilden; dabei wurde, um der Behörde jeden Anlaß zum Eingreifen zu nehmen, von der Gründung einer besonderen Organisation abgesehen, es sollten nur gemeinschaftliche Spiele, Vorlesungen, Vorträge und dergleichen veranstaltet werden. Als Jugendheim wurde ein Lokal im Anwesen der „fränkischen Volkstribüne“ zur Verfügung gestellt. Die Schulbehörde verbot jedoch den Fortbildungsschülern den Besuch dieser Veranstaltungen, selbst die Teilnahme an Ausflügen in Gesellschaft Erwachsener, indem sie ohne jeden Beweis das Vorhandensein eines politischen Vereins behauptete. Diese Verfügung löste unter den Eltern große Empörung aus, der die „fränkische Volkstribüne“ in mehreren Artikeln Ausdruck verlieh. Dabei wurden die Urheber dieses Vorgehens, der Schulkonzeptschreiber und der Rechtsrat Keller, scharf angegriffen, worauf beide zum Nach ließen. Die Anklage stützte sich in der Hauptsache auf eine Wendung eines Artikels: „Mit einem Ausnahmengesetz kann jeder Esel regieren.“ In der Verhandlung wurde erwiesen, daß weder ein Verein bestand, noch im Jugendheim Politik getrieben wurde, womit also das Ungehörliche der Maßnahme bargetan ist. Der angeklagte Redakteur, Genosse Buchta, wurde im Falle Kesseltung zu 60 M., im Falle Keller zu 120 M. Geldstrafe verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Die Untersuchung der „Wades“-Affäre.

Um die öffentliche Meinung zu beruhigen, ist schneller, als sonst zu geschehen pflegt, von der vorgezeichneten Behörde des Leutnants Freiherrn von Forstner eine Untersuchung angeordnet worden. Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitet darüber folgende Darstellung:

Strahburg, 11. November. Das Generalkommando hat eine Untersuchung über die in der Presse besprochenen Vorfälle beim Infanterie-Regiment Nr. 60 in Zabern angeordnet, bei der sämtliche Zeugen gerichtlich vernommen sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß Leutnant Freiherr von Forstner beim Exerzieren am 28. Oktober dieses Jahres einen wegen unerlaubten Waffenragens und groben Ungehorsams vor seinem Dienstintritt bestraften Rekruten in Gegenwart der Korporalschaft ermahnt hat, Streifigkeiten mit Zivilpersonen und Schlägereien zu vermeiden. Dabei sagte er ihm folgendes: „Nehmen Sie sich in acht, wenn Sie jetzt allein in die Stadt gehen, Sie scheinen zu Schlägereien zu neigen und können in Zabern leicht zu einer solchen kommen. Kommen Sie also Ihren Katendrang.“ Hieran knüpfte er eine Belehrung, wie der Rekrut sich dagegen zu verhalten habe, wenn er angegriffen wird, und sagte ihm: „Wenn Sie aber angegriffen werden, dann machen Sie von Ihrer Waffe Gebrauch; wenn Sie dabei so einen Wades niederstrecken, dann bekommen Sie von mir noch 10 Mark.“ Der Korporalschaftsführer fügte hinzu: „Und von mir außerdem noch 3 Mark.“ Aus diesem Zusammenhang geht hervor, daß es ausgeschlossen ist, daß der Leutnant mit dem gedachten Ausdruck die ehsässische Bevölkerung allgemein bezeichnet, daß er vielmehr mit dem Ausdruck „so einen Wades“ nur freischnittige Persönlichkeiten und Kaufbolde gemeint hat.

Die Untersuchung hat also selbst nach dieser offiziellen Darstellung einwandfrei ergeben, daß Leutnant v. Forstner sich genau so geäußert hat, wie es allgemein dargestellt wurde. Nur versucht man auch jetzt noch, dem Sinn dieser Worte eine andere Deutung zu geben. Nicht die ehsässische Bevölkerung im allgemeinen, sondern nur „streischnittige Persönlichkeiten und Kaufbolde“ sollten mit dem Ausdruck „Wades“ getroffen werden. Selbst wenn man dieser Aussage Glauben schenken wollte, läge doch noch in der Ankündigung einer Belohnung für einen eventuellen Totschlag eine Fribolität obnehlischen. Der ehsässischen Bevölkerung wird man es aber nicht verübeln können, wenn sie den Ausdruck allgemein auf sich bezieht, denn der Ausdruck „Wades“ ist besonders gern von den preussischen „Germansiatoren“ als Spottname gebraucht worden, und nicht nur mit Bezug auf raddaulustige Elemente.

Siegreiche Stadtverordnetenwahlen.

Fort (Lauß), 11. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden im ganzen 2000 Stimmen abgegeben. Davon erhielten unsere Kandidaten 1900 Stimmen. Sämtliche fünf Kandidaten wurden gewählt, und ist die Sozialdemokratie einschließlich der bereits gewählten sieben Stadtverordneten nunmehr im Besitz der ganzen dritten Klasse.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 8. d. M. verstarb unser
Genosse, der **Matver**
August Puttitz
Friedrichstr. 54.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
am Trauerhause aus nach dem
Kriegsdenkmal, Frenzlauer Allee 7,
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Drochsen-
kutscher
Friedrich Freund
am 9. d. Mts. im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Marienfriedhofes, Wil-
helmshofweg, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Kohlen-
arbeiter
Ferdinand Thiede
am 9. d. Mts. im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Völklinger Friedhofes,
Lüdickestr., aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
69/12 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass am
Montag, den 10. November, unser
lieber Bruder und Schwager, der
Küchlein Arbeiter (Depot Berlin-
burgerstr.)
Karl Hoppe
nach kurzer Krankheit im Alter
von 42 Jahren gestorben ist.
Die trauernden Verwandten,
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 13. November, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen
Christusfriedhof, Martensd., statt.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, dass der Kollege
Karl Hoppe
welcher im Betriebe Straßen-
reinigung, 5. Abteilung, be-
schäftigt war, verstorben ist. Wir
werden ihm ein ehrendes An-
denken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Christus-Kirchhofes in
Martensd., Lichtentaber Chaussee,
aus statt.
35/15
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher
Deutschlands.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Einleister
Karl Hagel
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Völklinger Krankenhauses
Alt-Roabit, Birkenstr. 62/65, aus
auf dem Gion-Kirchhof in Nieder-
schönenhagen-Nordend (dieselbst um
4 Uhr) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
169/17 Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nach-
richt, dass mein lieber Mann,
unser guter Vater, der Schneider
Wilhelm Quappe
infolge Unglücksfalles verstorben ist.
Marie Quappe nebst Kindern.
Die Einäscherung erfolgt am
Donnerstag, den 13. November,
nachmittags 3 Uhr, in Treptow,
Samschulendweg. 46/1

Dankagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
Frida Hupfer
sage ich allen Freunden und Be-
kannten, insbesondere dem Arbeiter-
Schachklub N. 1, dem Gesangsverein
"Reu Erhardt" und den Kollegen
der Firma Schwachkopf u. G. Ges-
amtschulung meinen herzlichsten
Dank.
191/1
Karl Hupfer.

Für die herzlichste Teilnahme bei
der Beerdigung meiner lieben Frau,
unserer verzagter Mutter sagen
wir allen Verwandten und Be-
kannten unsern herzlichsten Dank,
insbesondere dem Genossen Walder
Manasse für die tröstlichen Worte
am Grabe, ferner dem Sozialdem.
Verein, dem Arbeiter-
Schachklub N. 1, dem Gesangsverein
"Reu Erhardt" und den Kollegen
der Firma Schwachkopf u. G. Ges-
amtschulung meinen herzlichsten
Dank.
191/1
Max Oley nebst Kindern.

Ordentl. General-Versammlung
der
Ortskrankenkasse der Hutmacher,
Putzwaren- und Filzwaren-
verfertiger zu Berlin
Freitag, den 21. November,
abends 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Rechnungen pro 1913.
2. Antrag der Herren Bahle und
Genossen auf Auflösung und Ueber-
tritt der Kasse zur Allgemeinen
Ortskrankenkasse in Berlin.
3. Bei Ablehnung des Antrages
Bahle: Beibehaltung über den
Beitritt zum Gewerkschaftsverein.
4. Beibehaltung über die vom Ober-
verwaltungsamt vorgeschlagene
Abänderung der neuen einge-
reichten Satzungen nach der
Rechtsprechung der Verwaltungs-
behörden.
5. Beibehaltung über die Dienst-
ordnung der Beamten.
6. Bericht über die 10. Kon-
ferenz der freien Vereinigung der
Krankenkassen der Provinz Bran-
denburg und der 20. Mitglieder-
versammlung der Ortskranken-
kassen im Deutschen Reich.
7. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen wird
erlaubt. Eintritt nur gegen Vor-
zeigung der Einladung gestattet.
Der Vorstand,
E. Dannhauer, Vorsitzender,
Alte Jakobstr. 20/21.

Land-
und
Bauparzellen
für Vorwärtsleiter schon mit
100 Mark Anzahlung.
Keine jährliche Teilzahlung, im
westlichen Vorort, direkt am
Bahnhof, guter Boden, größte
Wertsteigerung zu er-
warten. Bevor Sie ander-
weitig beschäften, prüfen Sie
dieses Angebot, da streng reell.
Schreiben Sie sofort an
H. Buchholz, Berlin,
Anhalterstr. 12. Pläne, Prospekte,
Auskunft kostenlos.

Sie fühlen sich wie
neugeboren, wenn Sie
Milo - Schnupftabak
schnupfen.
Bester russischer Augentabak.
Milo gegen Schnupfen
Milo gegen Verflüchtigung
Milo gegen Trockenheit der
Nasenschleimhäute
Milo befeuchtet die Schleimhäute
ist frei von schädlichen
Substanzen
der beste Schnupftabak der
Welt
Milo wird nach altem Rezept
100jähr. Rezept hergestellt
Milo kostet die Dose 10 Pf.
durch den Zigarrenhandel
zu beziehen
General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
Zigarren- und Tabak-
General-Agenturen
Berlin NW 57. Tel. Roabit 8157.

Mohrenstr. 37
Kolonnaden.
Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer-
Magazin
Kleider, Hüte etc.
zu Außerster Preise
Farbige
Konfektion
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen -
Westmann

Öffentliche politische Versammlungen.
Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, finden
2 öffentl. Versammlungen
in der **Riebeck-Brauerei, Frankfurter Allee 53/55,**
und im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, statt.**
Tagesordnung:
„Massenstreikprobleme“.
Referenten sind die Genossen **Otto Reuter** und **August Neumann.**
Parteigenossen! Gewerkschaftler! Männer und Frauen! Beweist
durch Massenbesuch, daß ihr Interesse für diese wichtige Frage habt!
294/5
Der Einberufer: **Otto Berg**, Westend, Königin-Elisabeth-Str. 53.

Freireligiöse Gemeinde.
Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, in „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10:
Beschließende Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Internationalen Freireligiösen-Kongress zu Lissabon. 2. Beibehaltung über
den Austritt aus dem Bunde freireligiöser Gemeinden. 3. Wichtige Mitteilungen des Vor-
standes. 4. Verschiedenes. 55/18
Die Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Nord 193, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 13. November 1913, abends 8 1/2 Uhr,
im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3:
Bezirksversammlung für Charlottenburg.
Tagesordnung:
Fortsetzung der Beratung der Anträge
zur Generalversammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 13. November 1913, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1:
Versammlung
sämtlicher Metallarbeiter der Wagen-
und Karosseriefabriken.
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Tarifvertrag.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich. 129/10
Metallarbeiter-Rotkalender 1914, Stück 60 Pf., sind im
Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise
Neukölln.
Freitag, den 14. November 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Bürgerhäuser“, Bergstraße 147:
Große Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag des Herrn Krause, Naturheilkundiger: Welche Vor-
teile bietet die naturgemäße Heilweise gegenüber der Medizin?
Hierzu sind die Herren Ärzte der Medizin schriftlich eingeladen und
haben freien Eintritt. Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Karte freien
Eintritt. Gänge zahlen 10 Pf.
Ketzerau.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassensbericht vom 3. Quartal. — 2. Abänderung des
Ortsstatuts, Vorschläge zum Gewerkschaftsverein. — 3. Verbandangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich 7 1/2 Uhr eröffnet. Zahlreiches
Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.
Die Zahl der Mitglieder zum Verbandsvorstand findet Donnerstag,
den 13. November 1913, in den Arminhallen, Kommandanten-
straße 58/59, von 5-10 Uhr abends statt.
Vorgeschlagen sind die Kollegen Hille, Herzog, Krüger,
Winkel und die Kollegin Frau Fritzsche. Zu wählen ist ein Beisitzer.

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
85 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger**
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Seilarten mit zahn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Ortskrankenkasse
der Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.
Die ordentliche
General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer findet am
Dienstag, d. 25. November d. J.,
abends 8 1/2 Uhr,
im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler**
Str. 11/12, statt.
Tagesordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung für das
Jahr 1913.
2. Bericht des Vorstandes über die
Nichtzulassung der Kasse und das
Ergebnis der Beschwerde beim
Herrn Minister für Handel und
Gewerbe.
3. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu
welchen die Statistik in die Kassenbücher
notwendig ist, müssen mündlich oder
schriftlich bei der Geschäftsleitung
bis zum 23. November dem
Vorstande mitgeteilt werden.
Da dies die letzte Generalversam-
mlung ist, werden die Herren Vertreter
erlaubt, zahlreich und pünktlich zu er-
scheinen. Das Mandat legitimiert.
Berlin, den 11. November 1913.
Der Vorstand,
H. Schulte, Vorsitzender, H. Kurrie,
Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
der Gürtler zu Berlin.
Zu der am Dienstag, den
18. d. Mts., abends 6 Uhr, im
Märkischen Hof, Admiralstr. 15a,
stattfindenden
außerordentlichen
Generalversammlung
werden die Herren Vertreter der
Arbeitgeber und der Kassenmitglieder
hiermit ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
In getrennter Versammlung:
1. Wahl von 2 Mitgliedern des
Vorstandes aus den Reihen der
Arbeitnehmer.
In gemeinsamer Versammlung:
2. Beibehaltung über die vom
Oberverwaltungsamt gemachten Ab-
änderungen des Statuts. — 3. Be-
ibehaltung über den Beitritt der
Kasse zum Gewerkschaftsverein. —
4. Wahl der Prüfungskommission zur
Abnahme der Jahresrechnung 1913.
5. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu
denen die Statistik der Geschäftsbücher
erforderlich ist, sind dem Vorstande
bis zum 15. d. Mts. schriftlich zu
unterbreiten.
Die Versammlung wird pünktlich
eröffnet.
Eine Vertagung ist unzulässig.
Berlin, den 11. November 1913.
Der Vorstand,
G. W. Liefad, Vorsitzender.

LYSOFORM
in geringer Menge dem
Wassers zugesetzt,
gibt ein erprobtes Haar-
wasser, das in seiner
Wirkung die teuren
Spezialitäten weit über-
trifft. Grüne Flaschen
in weißer Hülle von
65 Pf. an.



WESTMANN
GR. MOHREN-STR. 37A FRANKFURTER STR. 115
Kein Massenbetrieb
sondern einzelne
exakt gearbeitete,
gediegene Konfek-
tion und Kostüme
eigener Fabrikation
50% Rabatt
für
hochelegante,
aparte
Modelle!
Plüschmäntel
Saisonpreis 66.00 88.00 155.00
für 33.00 49.00 78.00
Ulster
Saisonpreis 17.00 29.00 49.00
für 8.50 14.50 24.50
Kostüme
Saisonpr. 16.00 49.00 84.00
für 18.00 29.00 49.00
Echte Pelzmäntel 120
lang
für 110 Mark.
Alle Größen! Alle Wollen!
Kleider, Röcke, Blusen
ebenfalls bis zu
50% ermäßigt.
Sonnabend geöffnet, bis 9 U. abds.
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverträge im Holzgewerbe.

Bei der großen Tarifbewegung im Holzgewerbe im vergangenen Frühjahr ist durch die Vermittlung eines Unparteiischen, des Herrn v. Berlepsch, der Kampf dadurch vermieden worden, daß über die grundsätzliche Frage der Vertragsgruppierung ein Kompromiß herbeigeführt wurde.

Die Vertragsdauer der jetzt zur Verhandlung stehenden Städte läuft bis zum 15. Februar 1917.

Die Zusammenlegung der Gruppen von 1914, 15 und 16 auf 1916 erfolgt unter folgenden Bedingungen:

- 1. Die Verträge des Jahres 1914 werden beiderseits nicht geändert und laufen somit bis 15. Februar 1915 weiter.
2. Es wird allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife gewährt.
3. Die Verträge des Jahres 1916 werden im Jahre 1915 mit zur Verhandlung gestellt.
4. Im Jahre 1915 werden alsdann für alle diese Orte neue Verträge mit dem gemeinsamen Ablauftermin am 15. Februar 1919 abgeschlossen.
5. Die so geschaffene Zweiteilung der Vertragsgruppen mit je vierjähriger Vertragsdauer wird als rechtmäßiger Zustand beiderseits anerkannt.

Die Verträge des Jahres 1914, von denen unter 1. die Rede ist, hätten, wenn nicht der Schiedspruch anders bestimmte, am 16. November d. J. zum 15. Februar 1914 geendet werden können. Es kamen hierbei 32 Orte mit 7000 Arbeitern in Betracht, und zwar Altenburg, Angermünde, Augsburg, Bayreuth, Dessau, Eisenberg, Gera, Göttingen, Greiz, Ingolstadt, Kaiserlautern, Königsberg, Landsberg a. S., Lössen, Mellenbach, Mühlhausen i. Thür., Naumburg, Plauen, Quedlinburg, Regensburg, Rostock, Staßfurt, Stenheim a. N., Stendal, Stuttgart, Trebbin, Tüft, Ulm und Wittenberge.

Bevor der Kündigungsstermin herantrat, mußte der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes von der Unternehmerorganisation Garantien dafür verlangen, daß auch die Unternehmer aller Orte die Verpflichtung anerkennen, am 15. Februar die 2 Pf. Lohnerhöhung usw. zu bezahlen, andernfalls die Arbeiter sich zu überlegen hätten, ob sie die Verträge kündigen wollten oder nicht. Die Zentralvorstände beider Organisationen kamen überein, den betreffenden Ortsverbänden einen Nachtragsvertrag zur Unterschrift vorzulegen, in welchem die Anerkennung des Schiedspruches in unabweisbarer Weise zum Ausdruck kommt.

sträubenden Unternehmer den Beschlüssen ihrer Organisationen fügen werden. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, ist folgendes schriftlich festgelegt:

Vereinbarung der Zentralvorstände.

Nachdem die beiderseitigen Verbände dem Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch vom 8. Februar 1913 ihre Zustimmung gegeben haben, sind sämtliche Bestimmungen desselben für die Mitglieder und Ortsverbände beider Organisationen als bindendes Recht zu betrachten. Es gilt demnach insbesondere, daß alle Verträge, die zwischen den beiderseitigen Körperschaften bis zum Jahre 1914 abgeschlossen waren, bis zum 15. Februar 1915 weiterlaufen, und daß allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohnerhöhung von zwei Pfennig pro Stunde, resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife zu gewähren ist.

Diese Bestimmungen haben für alle diese Orte genau so wie der übrige Inhalt der Verträge volle Rechtswirkung und sind in gleicher Weise wie die Verträge selbst durchzuführen. Die beiderseitigen Zentralvorstände verpflichten sich gegenseitig, ihren Mitgliedern in allen Orten — auch soweit vorläufig die Unterschrift der Nachträge noch nicht vollständig ist — die strikte Erfüllung der in dem Schiedspruch festgelegten Bedingungen zur unabwieslichen Verpflichtung zu machen.

Diejenigen örtlichen Verbände, welche die Nachträge noch nicht unterzeichnet und an die Vorstände zurückgeschickt haben, werden nochmals aufgefordert, dies nunmehr unverzüglich nachzuholen.

Berlin, den 8. November 1913.

Für die Zentralvorstände:
gez. C. Kahardt, gez. A. Neumann.

In gleichem Sinne hat der Vorstand des Schutzverbandes in der neuesten Nummer der „Nachzeitung“ eine Bekanntmachung an die Unternehmer erlassen, in der unter Bezugnahme auf die statutarischen Bestimmungen und Generalversammlungsbeschlüsse des Schutzverbandes konstatiert wird: „Es kann hieran keinem Zweifel unterliegen, daß die Einzelmitglieder und Ortsverbände an die obigen Bestimmungen (des Schiedspruchs) gebunden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Einverständnis hiermit durch Namensunterschrift zum Ausdruck bringen oder nicht. Die Unterschrift hat lediglich eine formale sanktionierende Bedeutung.“

Somit konnte die Frage der eventuellen Vertragskündigung in diesem Jahre auf sich beruhen bleiben. Die Arbeiter erhalten ohne weiteres am 15. Februar 1914 ihre 2 Pf. Lohnerhöhung.

Unter Berücksichtigung der allgemeinen geschäftlichen Situation wird man dieser Seite gewerkschaftlicher Aktion die Anerkennung nicht versagen können.

Berlin und Umgegend.
Mißstände im Osthafen.

In einer äußerst starkbesuchten Versammlung der Speicherei- und Hafenarbeiter führte Ullrich vom Transportarbeiterverbande aus, daß in dem neu eröffneten Berliner Osthafen Arbeiter unter dem in anderen privaten Speichereibetrieben geltenden Tariflohn von 55 Pf. pro Stunde bezahlt wurden. Im Osthafen würden zurzeit Arbeiter nach kurzer Unterrichtszeit als Kranführer gegen einen Stundenlohn von 45 Pf. beschäftigt. In den genannten Speichereibetrieben sowie auch in größeren industriellen Werken werden für diese immerhin verantwortliche Arbeitsleistung nicht allein nur eine

längere Ausbildung der Kranführer benötigt, sondern die Bezahlung sei auch eine weit bessere. In den privaten Speichereibetrieben erhalten die Kranführer den tariflichen Lohn von 55 Pf. pro Stunde. Der Redner gab der Befürchtung Ausdruck, daß schließlich die Betriebsrisikofreiheit durch dieses System Schaden erleiden könne. Die Tatsache, daß in dem Betriebe des Osthafens billigerer Arbeitskräfte zur Einstellung gelangten, hätte weiter dazu geführt, daß sich die übrigen Speichereibetriebe bereits an die Verwaltung des Verbandes gewandt hätten mit der Erklärung, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache und mit Erwägung der geschäftlichen Konkurrenz, welche ihnen durch den Osthafen entstehe, auch sie nicht mehr in der Lage seien, künftig die tariflichen Lohnsätze umzusetzen. Die Betriebsleitung des Osthafens bezug der Magistrat von Berlin müsse deshalb seitens der Speicherei- und Hafenarbeiter herabgedrückt würde. Als steuerzahlende Bürger müßten sie nicht nur allein gegen die Maßnahme der Hafenverwaltung protestieren, sondern auch durch einmütigen und festen Zusammenhalt an den Transportarbeiter-Verband sich energisch gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage zur Wehr setzen.

In der Diskussion wurde den Ausführungen des Redners nicht nur beigegeben, sondern sie wurden noch in vielen Punkten ergänzt. In einem zum Schluß einstimmig zur Annahme gelangten Resolutionsprechen die Versammelten ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Hafenbetriebsverwaltung in der jetzigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit unter den üblichen Tariflöhnen einstellt und fordert, daß die Verbandsverwaltung Schritte bei dem Magistrat unternimmt, wodurch der Gefahr der Herabsetzung der Löhne entgegengetreten wird.

Zum Streik der Bau- und Arbeiterkutscher der Firma Theodor Schmiedigen ist zu berichten, daß derselbe unverändert weiter besteht. Die Arbeitswilligen, welche jetzt Kautschukdienste leisten, sind keine Arbeiter und Kutscher, welche die Streikenden ersetzen können. Daß sich dieselben bewußt sind, welche Rolle sie als Arbeitswillige spielen, beweist die Tatsache, daß sie Hausmitbewohnern und Arbeitern, mit welchen sie zusammenkommen, das Märchen erzählen, der Streik sei mit vollem Erfolg für die Kutscher und Arbeiter beendet. Wie wir oben mitgeteilt haben, ist das nicht der Fall, sondern die Streikenden haben mit Herrn Th. Schmiedigen einen sehr harten Kampf zu führen, und der Arbeitgeber setzt alles daran, Führern zu bekommen, welche die Streikarbeit führen. Wir lassen die Liste der arbeitswilligen Arbeitgeber folgen: Karl Raebing, Berlin, Eulerstr. 2; Adolf Keitel, Berlin, Emdener Str. 49; Adolf Valentin, Berlin, Prinzen-Allee 33; Ernst Wildenhain, Berlin, Müllerstr. 49; Gustav Finte, Reinickendorf, Waldseeufer 12; Ferdinand Heringe, Reinickendorf, Grüner Weg 1; E. J. Kaczorowski, Reinickendorf, Waldseeufer 19; Hermann Keineke, Bismarck, Am Spandauer Schiffahrtskanal; Wilhelm Peters, Bismarck, Am Spandauer Schiffahrtskanal und Adolf Drehm, Reinickendorf, Märkerstr. 33/34.

Es sei noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß den Kutschern, welche für die Portverwaltung gefahren haben, 1 Pf. pro Tag unter dem Tarif bezahlt wurde. Herr Th. Schmiedigen wurde hierüber befragt und gab die Antwort, die Stadt Berlin bezahle zu wenig für die in Frage kommenden Gespanne und er könne aus seiner Tasche nichts zulegen. Was sagt die Stadt Berlin hierzu? Die Streikenden haben beschlossen, fest zusammen zu halten, bis sie ihr Recht erlangt haben und der Streitstandpunkt des Herrn Th. Schmiedigen gebrochen ist.

Achtung, Tapezierer! Die Differenzen bei der Firma L. Groß, Friedrichstr. 24, sind beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben. Die Schlichtungs-Kommission.

Kleines feuilleton.

Gummischuhe und Pilzpanzern. Dieser Tage redete Herr Kaumann in Frankfurt a. M. über 1813. Unter anderem kam er dabei auch auf die Leipziger Jahrhundertfeier zu sprechen. Er nannte sie „eine großartige Feier, bei der auch nichts Unvorsichtiges gesprochen wurde von keiner Seite“.

Welch ein Freiheitsheld, dieser Träger der schwarz-rot-goldenen Standarte von Anno dazumal! Er weiß zwar, was es wirklich mit 1813 für eine Bewandnis hatte, und sagt es auch, aber auf der anderen Seite ist seine Seele bräunlichen Entschlusses voll, weil vor dem Leipziger Steinloß nichts „Unvorsichtiges“ gesprochen wurde. Wie schrecklich, wenn der Festredner alle Vorsicht zum Teufel geschickt und betont hätte, daß die Bewegung 1813 vom Volke, nur vom Volke und allein vom Volke ausgegangen ist, ohne Zutun der Fürsten, ja, wider die Fürsten! Wie entsetzlich, wenn dann die Potentaten mit ihrem Schwert von Generalen und Ministern entrißten abgezogen wären und dem Volke den Plan überlassen hätten! Wie unaussprechlich für einen Fortschrittler von anno 1913! Und Herr Kaumann ist ein Fortschrittler von anno 1913, klar und weiß, immer bedacht, nicht anzudeuten, kein Kergernis zu geben, in Harmonie zu klopfen, kurz: vorsichtig in jeder Lebenslage! Vorsicht nämlich ist die Mutter der Porzellanfüße und die Tugend des Fortschrittlers.

Theater.

Charlottenburger Schillertheater: Die Jungfrau von Orléans, romantische Tragödie von Schiller. Majestät und Größe der Erscheinung galten in früheren Zeiten als unerläßliche Vorbedingung für die Darstellerin der Schillerischen Johanna. Vor ein paar Jahren sah man dann auf der Bühne des Rollendörfertheaters die zierlich-weibliche Gestalt Irene Treichs in dieser Rolle. Das war ein Bruch mit aller Tradition, der viel kopfschüttelndes Bedenken und ebenso lobpreisende Bewunderung fand. Die Aufführung des Schillertheaters brachte ein noch ungleich seltsameres Experiment. Das begabte Fräulein Lia Moine vom Reinhardtensemble, die kleinste der Schauspielerinnen, nicht über Kindeswuchs hinaus gediehen, gab die Heldin, die Frankreichs-Voll zum Kampfe wider die englischen Eroberer führt. Und doch: so sehr die Künstlerin, die das Schlachtfeldwert kaum in den Händen halten konnte, dem Bild der Jungfrau widerstand, verstand sie's doch, im ersten Teil des Dramas die Phantasie eindringlich stark zu suggerieren, das Mythische der Dichtung im Medium ihrer individuellen Eigenart neu und ergreifend auszuprägen. Ihre Schlichtheit, Einfachheit und hindurchschimmernde Innerlichkeit gemahnten an Figuren Wälder der Gemäde. In dem schmuddelosen trüben Grau ihres Hirtengewandes, das sie auch auf dem Schlachtfeld und bei dem Pomp des Krönungszuges trug, dem blauen Harn, von pechschwarzem Haar umrahmten Antlitz, dem Mythenhauch ihrer Rede, die nur Erläuterndes nachzusprechen schien, machte sie ganz den Eindruck eines von magischen Gewalten besetzten und willenlos gelenkten Werkzeugs. Hierin, in der sozusagen naturalistischen Ausgestaltung und Ueberlegung des visionären Grundzugs, lag das Eigenbedeutung der Leistung.

Am tiefsten führte die Künstlerin, als sie, vor den Hof geführt, nachwandlerisch-füch dem Könige den Inhalt seiner heimlichen Gebete wiedergibt und, kindlich lächelnd in der Erinnerung an die liebe Heimat, die Sendung findet, die dort an sie ergangen. In dem dem Tone, nachdem man sich einmal hineingehört, gedrückt im weiteren Verlauf an lebendvoll sich nährenden Entwicklung. Dieselben Handbewegungen, der gleiche einfürgig langgezogene Klang der Worte lehrte immer wieder und was zuerst als planvolle Kunst der Charakterisierung ansog, schien dann ein Rohbedel, in dem ein Unvermögen zu reicheren Modulationen sich perriet. Der

große Monolog des vierten Aktes, der Höhepunkt der Tragödie, entbehrte der rechten Resonanz. Und vollends ohne Stimmung war die Begegnung mit den Schwestern beim Krönungszug, der Sturz, die Herkules und Spothose der sterbenden Siegerin. Da brach das Mißverhältnis zwischen den schauspielerischen Mitteln und dem Schwung der Dichtung, so interessant das Experiment begonnen hatte, peinlich störend vor.

Aus der sonstigen Besetzung, die neben Jureichendem manch schlimme Unzulänglichkeiten aufwies (z. B. in der Darstellung des Königs) ragte Paafsches vorzüglich echter Dunois hervor. Das Publikum spendete rauschenden Beifall.

Das Marionettentheater Münchener Künstler spielt jetzt zwei Sachen, die beide — freilich jedes in ganz anderer Weise — die Vorzüge und Möglichkeiten dieser Bühnenart besonders ins Licht rufen. Maeterlinds mystisches Spiel: „Der Tod des Zintagiles“ verlangt durchaus dieses Theater der zweiten Potenz, das den Abstand von der Wirklichkeit doppelt betont und der Welt der Phantasie den freiesten Spielraum schafft. Dieses Drama dunkler Mächte und dumpfer Gefühle vertritt wie alle diese Werke aus des Dichters Anfängen die große Bühne. Oberflächlich betrachtet arbeitet dieses Schicksalspiel, das des Menschen Ohnmacht so eindringlich bedingt, mit den herkömmlichen Hilfsmitteln der Romantik, die diese dem Schatz naiven vollständigen Fabelwerks entlehnt. Aber welche eine raffinierte Kunst höherer Seelenanalyse und welche starke dramatische Potenz ist hier tätig! Schauernd muß man die Kengie und Qualen des armen Kindes und hoffnungslos die verzweifelte Befreiungsversuche seiner Schwester miterleben. Der Eindruck des Lastenden und Unentrinnbaren war denn auch so übermächtig, daß der ästhetische Genuss darunter litt. Dabei hatte die Regie im letzten Aufzuge nicht einmal alles aufgegeben, um uns vor der unheimlichen Schicksalsportale gruseln zu machen. Davon abgesehen, waren die Sprache wie die Puppenspieler alles Lobes wert.

Das Leidete, das Spielerische, das Ausgelassene und Barocke, dem sich das Marionettentheater mit gleichem Erfolg widmen kann, wurde in Adams komischer Oper: „Die Rärnberger Puppe“ wirksam. Diese nette Darmlosigkeit des Komponisten des „Postillons von Loujumeau“ scheint wirklich für das keine Kräftester und die Miniaturbühne geschaffen zu sein. In diesem Rahmen kann das Spieloperchen alles Liebesswürdige hergeben. Die leise Parodie, die das Singen und Hüpfen der Marionetten unspielt, erhöht noch den Reiz. Die drückende Schwere, die Maeterlind auf die Hörer gelenkt hatte, wich der frohlichen Heiterkeit und der Freude an der Anmut dieser kleinen auch von Schicksalsfingern gelenkten Welt. —r.

Musik.

Unter den lehrwürdigen Konzerten ist ein von Theodore Spiering mit dem Philharmonischen Orchester in Saale der Philharmonie bereiteter Sinfonieabend wegen einiger Neuheiten bemerkenswert. Zu Max Regers „Konzert im alten Stil“ ein wärmeres Verhältnis zu gewinnen, hält allerdings schwer, wenn auch mit noch so vollendeten Kunstmitteln auch das Kolorit einer halb synagogenhaft, halb heidnischen, fast mochte man sagen assyrischen Musik mit siegesfeierlichem Ausklang getroffen scheint. Das Violinolo dazu fände eigenartig und kurzweilig wer mag. Esgmund v. Handeggars „Dionysische Phantasie“ kann schon mitreihen durch ihre prunkvolle und dem Wesen einer dionysischen — nicht apollinischen — Ausgelassenheit angelegene Orchestration. Frederik Delius' „In a summer garden“ dokumentiert sich als eine in musikalischer Hinsicht wirksam aufzufangende Invention von sommerlichen Naturlauten — nichts mehr. Vor lauter Malerei nimmt man schließlich etwas fürs Herz mit. Wie ganz anders mutete gegen das alles doch Schumanns C-dur-Sinfonie Nr. 2 Op. 61 den Hörer an! Da breitet ein Poet seiner innigsten Gedanken und Empfindungen unjagbaren Zauber in Tönen aus.

Von positiver Musikleistung zu einer Art experimenteller Musikmacheret mit pädagogischem Beigehmaß ist allerdings ein sonderbarer Versuchung. Und dieser Eindruck vermittelte der Komponist August Ludwig mit seinem „Euphonion“-Vortrag im Saal Duxen. Ludwig will mit seinem System „Euphonion“ (d. i. soviel als Wohlklang, Wohlklang) die ganze moderne Kompositionstechnik, die er als „Kalophonie“, als „phantastisch übelklingende Papiermusik“ charakterisiert, rücksichtslos „andern“. In diesem Bestreben unternahm er es, die kanonische und fugale Musik von Bach aus durchzuvividieren. Da fand er denn, daß die älteren Meister schon zuweilen ein Motiv als Kanon oder Fuge unpassend bearbeitet hätten. Nach seiner Meinung befähe die Fuge noch innen heraus keine Veränderung als Kanonform; er vermag nicht einzusehen, warum ein Quintheima in Quartform antwortet. Daß eine für Klavier bearbeitete Orgelfuge eine Selbstverständlichkeit sei, das zu erfahren war nicht eben neu. Ludwig will nun den Satz verwickeln. Der dreistimmige, noch besser der zweistimmige Satz sei der „euphonischste“. Der Komponist erging sich am Klavier in mannigfachen Beispielen, die seine Methode erhärten sollen. Wenn wir auch der Ansicht sind, daß alle bedeutenden Meister lediglich ihren schöpferischen Eingebungen gefolgt sind und immer folgen werden, ohne viel nach akademischen Bedenken zu fragen, so möchten wir doch dem „Euphonion“-System einigen Wert für literarische Unterrichts-zwecke heimesen. Zum Schluß trug der Virtuose Karl Gung-burg 10 Variationen aus dem „Euphonion“ vor. Allerdings gewann man dabei nicht viel mehr als die Empfindung, daß ein etwas mageres Motiv zu schwindelnd technischen Schottergleiten hinaufgesteigert wird.

Notizen.

- Musikchronik. Berliner Volkschor: Unter Mitwirkung des Bläser-Orchesters Dienstag, den 18. November, 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Reuen Welt, Posenstraße, West-Ober-Abend: Leonoren-Ouverture, Chorphantasie, Neunte Sinfonie, Einfluchtarten 65 Pf., an der Abendkasse 1 M.
- Theaterchronik. Strindberg's historische Dramen sind bisher von den deutschen Bühnen noch nicht erobert worden. Jetzt bereitet das Deutsche Künstlertheater Societät für die kommende Spielzeit einen großen Zyklus von Aufführungen dieser Werke vor. Auch die Dramen „Karl XII.“, „Gustav Wasa“ und vor allem „Die Nachtigal von Wittenberg“ werden in Szene gehen. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater beginnt am Samstag ein Operettenspielfest. „Die Knechtin“ von Julius Freund und Dlonkowski, Musik von Jean Gilbert. Für die Titelrolle ist die Wiener Operettensängerin Helene Parviala verpflichtet worden. — Die Aufführung von Georg Büchners „Bozzel“ und Leonce und Lena im Lessing-Theater soll Anfang Dezember stattfinden.
- Vorträge. Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Donnerstag, den 13. November, im Humboldt-Haus, Latengienstr. 7, abends 8 1/2 Uhr: Energischer und kategorischer Imperativ, Kant kontra Oswald. Referent: Dr. Wuchtau. Diskussion.
- Die Funde von Tell-el-Amarna sind jetzt im Säulenhof des Ägyptischen Museums (Neuen Museums) täglich (außer Montags) von 10—3, Sonntags von 12—3 Uhr, unentgeltlich zu besichtigen.
- Hans Wagan-Übung. Das Deutsche Theater hat seit hervorragendes Mitglied Hans Wagan, der gestern den 70. Geburtstag beging, in die Ehrenmitgliederschaft gesetzt.
- Der zweigeteilte Genosse. Die Wiener „Neue Presse“ läßt sich aus Madrid die Wahl zweier Sozialisten in den Gemeinderat telegraphieren und nennt sie sogar mit Namen: Pablo und Iglesias!

Deutsches Reich.

Der Buchdruckerverband hatte im zweiten Quartal einen Zuwachs von 2805 neuen Mitgliedern, der wohl fast ausschließlich aus dem gewerblichen Nachwuchs, durch Beitrittserklärungen der Ausgelernten, kam. Der Verband zählte am 1. Juli 69 047 Mitglieder. Bei einer Gesamtzahl von rund 75 000 im Gewerbe überhaupt veranschaulicht dies ein sehr erfreuliches Organisationsverhältnis. Die Gutenbergmitglieder, ursprünglich die Zusammenfassung der Streikbrecher aus dem Kampfstundenkampf der Buchdrucker, müßten mit ihrer in Deutschland, Österreich und der Schweiz mühsam zusammengelesenen Zahl 3304 Mitglieder.

Die Rheinisch-Westfälischen Brauereien und die nächste Lohnbewegung.

Im nächsten Jahre läuft der Bezirksrat für die Brauereien des Vorkontrollverbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien ab. Es gehören diesem 144 meistens Großbrauereien an. Dieser Vorkontrollverband nimmt dieselbe Stellung in der deutschen Brauindustrie ein, wie die Scharfmacher aus dem Industriegebiet in den anderen Industriezweigen, wenn auch nicht in wirtschaftlicher Beziehung, so doch in bezug auf soziale Rückständigkeit. Im Jahre 1905 hatte der Brauereiarbeiterverband den ersten großen Kampf mit dieser Unternehmergruppe auszufechten. Die Absicht der Unternehmer, die Arbeiterorganisation zu vernichten, die vorhandenen Tarifverträge zu befeitigen und den Drang nach Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht im Lohn- und Arbeitsverhältnis auf lange Zeit hinaus zu ersticken, was ausgesprochene Absicht der Unternehmerorganisation und ihres Syndikats war, mißlang; die bisher bestehenden Tarife blieben weiter in Geltung, neue kamen hinzu, und im Jahre 1910 erfuhr der Tarifgedanke weitere Ausbreitung in dem Abschlusse eines Bezirksrats für das ganze Gebiet des Vorkontrollverbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien. Somit war wohl das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisation anerkannt und die Absicht der Unternehmer vereitelt, die der Syndikat nach der Aussperrung im Jahre 1905 in die Worte legte: „Wenn wir Tarife abschließen wollten, brauchen wir ja nicht auszuweichen“, aber die soziale Rückständigkeit der Unternehmerorganisation blieb ungeschwächt und fand ihre Förderung in einem sogenannten Feststellungsaußschuß, aus Direktoren und Brauereibesitzern bestehend, dessen Meinung in allen Differenzfragen ausschlaggebend war und der in der Regel zugunsten der Arbeiter entschied. Und was dieser Feststellungsaußschuß entschied, galt, sofern die Organisation der Brauereiarbeiter an dem jeweiligen Orte nicht stark genug war, sich ihr Recht zu erkämpfen.

Für die soziale Rückständigkeit bietet auch wieder Beweis der Geschäftsbericht dieses Vorkontrollverbandes für 1910/11. Es wird dort fast ausschließlich über Beschwerden des Brauereiarbeiterverbandes berichtet und über seine Weiterungen und Maßnahmen im Interesse der Brauereiarbeiter. Und hierbei ist man recht offenherzig gegenüber in der Hervorhebung der rückständigen Unternehmerrückständigkeit. Am nur ein Beispiel zu geben: Es wird berichtet, daß verhältnismäßig seltener im Flaschenellerbetrieb Arbeitskräfte über 16 bis 17 Jahre beschäftigt werden; die meisten dieser Arbeiter sind 14 bis 16 Jahre alt, weil „diese jungen Arbeitskräfte in sehr großer Zahl den Brauereien zur Verfügung stehen“. Selbstverständlich werden diese jugendlichen Arbeiter entsprechend niedrig entlohnt. Als nun der Brauereiarbeiterverband frächtig mit der Agitation unter diesen Arbeitern einsetzte und Forderungen für die Einreichte, lehnten die Brauereien den Abschluß eines Tarifs für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren ab, und der Feststellungsaußschuß gab nach dem Bericht seiner Meinung dahin Ausdruck, daß auch für die Zukunft jugendliche Arbeiter in den Tarif nicht hineingezogen werden dürfen. Das heißt, man will die jugendlichen Arbeiter noch wie vor nach Willkür entlohnen, sich des unbehinderten Ausbeutungsbereichs verschern. Nach ein anderer Nummer drückt die Unternehmer in der Frage: „Es fürchten, daß nach Tätigung eines Tarifs für jugendliche Flaschenellerarbeiter die Leute gerade dadurch in die Arme der Organisation getrieben werden“, und daß auch der Brauereiarbeiterverband Maßnahmen jugendlicher Arbeiter nicht so ohne weiteres hinnehmen würde. Diese hier angeführten Tatsachen und die Darstellung des Standpunktes der Unternehmerorganisation nach ihrem eigenen Geschäftsbericht genügen wohl zum Beweise für ihre soziale Rückständigkeit.

Am 26. September hat nun diese Unternehmerorganisation in einer Vollversammlung der Mitglieder des Vorkontrollverbandes Stellung genommen zur nächstjährigen Lohnbewegung. In dem einleitenden Vortrage des Syndikus Dr. Sunder erklärte dieser, daß die Brauereien den Forderungen des Brauereiarbeiterverbandes auf Verfürgung der Arbeitszeit entgegenzutreten müssen, daß für die Brauereien eigentlich auch kein Anlaß vorliegt, „bei der nächsten Tarifverneuerung neuen Lohnforderungen nachzugeben, wenn man die Lohnzulage nicht als eine Versicherungsprämie gegen gewerkschaftliche Streitigkeiten ansehen will“.

Gewisse Kongestionen, meint Dr. Sunder, werden die Brauereien wohl machen müssen, aber man müsse überlegen, wie man am besten und auf billige Weise zu einem Tarifvertrage kommt. Und das Mittel hierzu empfiehlt er in folgendem: „Hauptfache ist, daß die 144 Brauereien des Vorkontrollverbandes auch weiterhin zusammenbleiben“. Die Verammlung der Unternehmer war mit dem Vortrage einverstanden, denn die Geschäftsführung wurde beauftragt, schnellstens eine Verlängerung des Vorkontrollvertrages auf mindestens fünf Jahre in die Wege zu leiten, damit vor Beginn der demnächstigen Lohnverhandlungen der Vorkontrollvertrag wieder feil geschlossen ist.

Die Brauereindustrie gebet zu den Institutionen, in denen die technische Entwicklung rüchig vorwärts schreitet und immer mehr Arbeitskräfte im Verhältnis zur Produktion ausschaltet, die wachsenden Löhnen und die zunehmende Teuerung erweisen namentlich im westfälischen Industriegebiet dringende Erhöhung der Löhne; aber die Brauereiuunternehmer halten eine Verfürgung der Arbeitszeit sowohl wie eine Lohnverhöhung für überflüssig. Und sie stützen sich auf ihre Einigkeit, sie sind gerüstet. Um so mehr müssen nun die Brauereiarbeiter rüsten und die Läden ihrer Organisation füllen, um bei der nächsten Tarifbewegung ihren berechtigten Wünschen Geltung verschaffen zu können. Daß sie ohne eine genügend gekrüftigte Organisation wenig zu hoffen haben, das können sie an dem Standpunkt der Unternehmer und ihrer Vorbereitung zur Lohnbewegung erkennen.

Der Vater des patriotischen „Volksfreund“ vor Gericht.

In Nr. 278 und 296 des „Vorwärts“ hatten wir dargelegt, daß ein „nationales Komitee“ zwecks Herausgabe eines „Kalenders“ sich gebildet habe, der in 3 Millionen Exemplaren gegen die Sozialdemokratie losgelassen werden und diese vernichten sollte. Diesem nationalen Komitee gehören unter anderem von Wethmann Gollweg, der Nationalliberale Fuhrmann, der Zentrumsabgeordnete Mathias Erberger und der Freikonserervative Oktavio v. Redlich an. In Nr. 296 legten wir dar, daß der Vater der Kalenderdes, mit der das „nationale Komitee“ schwanger ging, ein gewisser Lenczer genannt K o l f ist und daß gegen diesen mit Zuchthaus verhängte Patrioten ein Strafverfahren schwebt. Die Verurteilung in diesem Strafprozeß gegen den Vater der Idee des „nationalen Komitees“ begann gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Die Basis dieses Strafprozesses bildet ebenfalls ein Unternehmen, das „vaterländischen Zwecken“ dienen sollte. Ueber die Verhandlung orientiert der nachfolgende Bericht:

Angeschuldigt war der in Untersuchungshaft befindliche, seinerzeit kühnig gewordene Schriftsteller Rudolf Lenczer, der jahrelang unter

dem Namen Karl K o l f eine gewisse Rolle in dem politischen und publizistischen Leben gespielt hatte. — Den Vorfall im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Hofmeister. Die Anklage gegen Lenczer-K o l f lautet auf Betrug in mehreren Fällen, insbesondere Fälschung öffentlicher Urkunden, fälschlicher Falschheit, Diebstahl und Untreue.

Der jetzt 47jährige Angeklagte, der sich seit dem 17. Dezember 1912 in Untersuchungshaft befindet, hat eine sehr abenteuerliche Vergangenheit hinter sich. Er wurde zum ersten Male im Jahre 1890 in Weimar wegen Urkundenfälschung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt; in demselben Jahre erfolgte in Berlin eine zweite Verurteilung wegen schweren Diebstahls und Unterschlagung zu drei Jahren und 9 Monaten Gefängnis. Daraus wurde er in Bern nochmals wegen Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus und Verlust der Bürgerrechte und schließlich in München wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Angeklagte ist der Sohn eines Realschuldirektors und hat sich schon als junger Gymnasiast auf „patriotischem“ Gebiete schriftstellerisch betätigt. Als Student der Rechte trat er mit Personen, die auf dem Gebiete des Nationalismus tätig waren in Beziehung und trat wiederholt mit seiner Tätigkeit für die nationale Sache in die Öffentlichkeit. Im Jahre 1897 übernahm er u. a. auch die Leitung des Pressebureaus der Münchener Ausstellung. In gleicher Zeit beschäftigte er sich mit dem Gedanken, in Dar es Salam eine Kolonialzeitung zu gründen. Dieser Plan scheiterte jedoch, da, wie der Angeklagte behauptete, die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft erklärt hatte, sie würde die Geldgeber werden. Wie er weiter behauptet, sei schon damals seine christliche Absicht, den „nationalen Interessen“ zu dienen, durch die Minderarbeit persönlicher Gegner zunichte gemacht. Der Angeklagte erlitt dann die oben erwähnten schweren Strafen. Nach seiner ersten Entlassung aus dem Zuchthaus war er unter dem Namen „K o l f“ für eine Reihe süddeutscher Kanferntreiber und Zentrumsorgane schriftstellerisch tätig. Auch als er die zweite Zuchthausstrafe erlitt, betätigte er sich

im Zuchthause als Schriftsteller, indem er unter Pseudonym eines Gefangenenaußersers und des Anwaltslehrers die Manuskripte aus der Strafanstalt herausgeschmuggelte und an süddeutsche Blätter schickte ließ.

Während seines Aufenthalts in der Strafanstalt sagte er den Plan, ein neues Unternehmen zu gründen, welches „patriotischen Zwecken“ dienen sollte. Dieses Unternehmen sollte den Namen „Deutsche Kanäle“ erhalten und war von ihm als eine „Zentralstelle für vaterländische Arbeit“, bezw. als eine Agentur zur Beschaffung von Geschäften, die „deutsch-nationale“ Zwecke fördern sollten, gedacht. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause in Straßburg im Mai 1910 arbeitete er ständig an diesem Plan, knapp ein halbes Jahr später tauchte Lenczer, der sich jetzt kühnig „Karl K o l f“ nannte, in Berlin auf. Am 18. April 1911 wurde dann die „Deutsche Kanäle“ in Form einer offenen Handelsgesellschaft gegründet und in das Berliner Handelsregister eingetragen. Das Bureau der „Deutschen Kanäle“ war erst am Hofenplatz 9 und dann in der Bernburger Straße 15/16. Im engsten Zusammenhange mit der „Deutschen Kanäle“ standen zwei Nebenunternehmen, „Der Vaterländische Schriftstellerverband“ und die „Vaterländische Volkshilfe“. An letzterer waren der Prof. Dr. Brünner und Dr. von Hause mit größerem Kapital beteiligt.

Nachdem die erforderlichen Vorarbeiten, Ankündigungen in der Presse usw. erledigt waren, gab der Angeklagte das Programm der „Deutschen Kanäle“ bekannt. Dasselbe sollte sich mit folgenden Dingen befassen: Aufkauf von deutsch-vaterländischen Vereinen und Zeitungsangelegenheiten, Vermittlung von Rednern und Vorträgen, Werbeposten für deutsche Kundgebungen, Schaffung und Erhaltung eines Archivs für deutsch-nationale Bestrebungen, Förderung von Reisen und Wanderungen nach den benachbarten deutschen Ländern (Schlesien, Ostpreußen, Danemark, Deutsch-Oesterreich, Schweiz und auch nach den germanischen Ländern Skandinavien, Holland und Belgien), Herausgabe eines „Deutschen Taschenbuchs“ für das gesamte deutsche Volk und Zeitungsstellen, Förderung der deutschen Presse im Auslande, Vertrieb von Medaillen, patriotischen Werkschriften, Vereins- und Verbandsscheinen, Postkarten, Kalendern usw., Übernahme des buchhändlerischen Vertriebs vaterländischer Werke, Geschäftsstelle für vaterländische Veranstellungen usw.

Für 1911 wurde in Aussicht genommen, die Herausgabe eines Deutschen Taschenbuchs, die Schaffung der Zentralstelle für die „Fests-Dahn-Spende“ zugunsten der Schlachtfeldarbeit des Deutschtums in Nieder-Oesterreich, Errichtung eines Kolonialdenkmals in Deutschland in der Form einer Roddubung der Kolonialfeste in Papua, im Februar 1911 hatte die konstituierende Versammlung in einem Saale in der Potsdamer Straße stattgefunden. Der Angeklagte erklärte schon hier, wie die Anklage behauptet, wahrheitswidrig, daß ihm vorläufig 20 000 M. zur Verfügung ständen. Er betonte auch feierlich, daß die „Deutsche Kanäle“ kein Verein, sondern ein kaufmännisches Unternehmen sein sollte, auf welches die nationalen Vereine keinen Einfluß haben sollten, außerdem solle ein Aufsichtsrat aus den Leitern der vaterländischen Verbände gebildet werden. Ueber den Verlauf dieser Versammlung erhaltete „K o l f“ dem

Wunderbaren Kunt

einen ausführlichen Bericht. — Schon zu dieser Zeit hatte sich der Angeklagte strafbar gemacht, indem er bei dem vor dem Notar Dr. Gabn und dem Justizrat Engelbert de Ridde in Köln aufgenommenen Notariatsakt sich als „K o l f“ ausgab und dadurch bewirkte, daß dieser Name in das öffentliche Handelsregister gelangte.

Als Betrug sieht die Anklage folgende Fälle an: Der Angeklagte schloß mit dem Kaufmann Friedmann von Lebebour einen Vertrag ab, nach welchem dieser gegen 150 M. Gehalt und 50 Proz. des Reingewinnes als Geschäftsführer der Verkaufsabteilung der „Deutschen Kanäle“ angestellt wurde. v. Lebebour gab eine Einlage von 5000 M. an, nachdem er, wie die Anklage behauptet, durch die wissentlich falschen Angaben des Angeklagten zu dem Glauben gebracht war, daß es sich um ein autarkisches Unternehmen handelte. Der Angeklagte hatte u. a. erklärt, daß ihm von dem Majoratsbesitzer Graf v. Wendelin, Generaldirektor Kaiser u. a. größere Summen in Aussicht gestellt seien. — Beide haben dies später eiblich bestritten.

Ferner behauptete „K o l f“, daß zwischen der „Deutschen Kanäle“ und dem Kaufmann zur Errichtung eines Bismarckdenkmals auf der Elisenhöhe bei Wingen ein Vertrag geschlossen sei, nach welchem der letztere das Vertriebsrecht von 1 Million Postkarten übertragen sei. Er verschwiegte dabei, daß in dem Vertrage die ausdrückliche Genehmigung des Kunstauschusses vorbehalten war. Tatsächlich hat der Angeklagte auch diese Genehmigung nicht erhalten. — In dem zweiten Betrugsfalle war der Verlagsbuchhändler Wenarski auf Grund guter Auskünfte über den Angeklagten mit diesem in Verbindung getreten und hatte gegen Zahlung einer Einlage von 2000 M. die selbständige Leitung der buchhändlerischen Abteilung übernommen. Diese Verbindung führte zu Differenzen und dann zu einem Zivilprozeß, in welchem Lenczer unter dem Namen „K o l f“ eine Auslage machte und beschwor, da der Angeklagte bezüglich dieses Punktes geltend machte, daß er geglaubt habe, seinen Schriftstellernamen K o l f führen zu dürfen, ist nur Anklage wegen fälschlicher Falschheit erhoben worden.

In dem Diebstahlsfall hatte der Angeklagte von der Ehefrau des Lehrers und Schriftstellers Höllmer ein Darlehen von 1500 M. erbeten und von ihr, da sie sich in der Sommerfrische befand, die Wohnungs- und Geldverkehrsaktüßel erhalten mit dem Auftrage, aus dem Geldschrank Wertpapiere in Höhe von 1500 M. zu entnehmen. Der Angeklagte nahm, wie er behauptet, versehentlich, auch noch ein Wertpapier über weitere 1000 M. mit und lombardierte die Papiere bei der Nationalbank gegen ein Darlehen von 2200 M.

Einen breiten Raum in der Anklage nehmen die Fälle von Untreue ein, bei denen es sich um Geldbeträge handelt, welche bei der „Deutschen Kanäle“ als Sammelstelle eingelaufen waren. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Vossauf hatte als Präsident des Bundes der Deutschen Nieder-Oesterreichs die Sammlung der Beträge für

die „Fests-Dahn-Spende“ der „Deutschen Kanäle“ übertragen. Die die Anklage behauptet, soll Lenczer hiervon die Summe von circa 2000 M. für seine Zwecke verwendet haben.

Im September 1911 wurde Lenczer Geschäftsführer der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ auf Grund eines zwischen ihm und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der „Ostafrikanischen Gesellschaft“, Rechtsanwalt Dr. Wili Dahn, abgeschlossenen Vertrages. Von den eingehenden Geldbeträgen, die zum Teil von einem Dr. Zintgraff in Dar es Salam gesandt wurden und etwa 10 000 M. betragen, verbandte Lenczer fast die volle Summe für sich bzw. die „Deutschen Kanäle“.

In dem letzten Fall der Anklage handelt es sich um die Gründung der „Deutschen Schreibmaschinen-Vertriebsgesellschaft“, welche die Ausnutzung eines Patentes des Oberbischöflichen Gebhardt in Düsseldorf betreiben sollte. Es handelte sich dabei um eine Schreibmaschine, welche fast der üblichen lateinischen die deutsche Druckschrift wiedergeben sollte. Von den Anteilnehmern über je 500 M. erwarben zahlreiche bekannte Personen, u. a. der Fürst von Hohenlohe, mehrere Stühle. Von den insgesamt eingegangenen 12 000 M. verbandte der Angeklagte, wie die Anklage behauptet, 6500 M. für sich.

Schon zu einer Zeit, als Lenczer inmitten der Gründung der „Deutschen Kanäle“ stand, wäre beinahe eine Entdeckung seines Treibens erfolgt, denn in einer Versammlung wurde er von einem früheren Bekannten wiedererkannt und mit seinem richtigen Namen angeprochen; „K o l f“ verschwand daraufhin aus der Versammlung, bis die Luft wieder rein war. — Als er dann im Herbst v. J. erkannte, daß sein ganzes auf falsche Angaben erbautes Gebäude zusammenstürzen würde, exariff er die Flucht. Er fuhr erst nach Paris und dann nach London, wo er am 17. Oktober v. J. verhaftet wurde. Er wurde dann von England an die deutschen Behörden ausgeliefert.

Vor Gericht befreit der Angeklagte mit aller Entschiedenheit, sich nach irgendeiner Richtung hin strafbar gemacht zu haben. Vom Rechtsanwalt Munk sind Verweisanträge gestellt worden, aus denen sich ergeben soll, daß der Angeklagte der festen Ueberzeugung sein konnte, daß es sich um ein gemeinbringendes Unternehmen handelte, welches allerdings im Anfang größere Mittel erfordert habe. Neben den Väterlichen Erlaubnis und Hilfe sind circa 40 Zeugen geladen. Da die telefonische Ladung des Reichstagsabgeordneten Dr. Vossauf in Wien veranlaßt werden soll und ferner auch die Ladung weiterer Zeugen in Aussicht steht, wird die Verhandlung mehrere Tage dauern. Wir werden über den Verlauf berichten.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

1. Ueberarbeit.

Ein Buchdrucker-Hilfsarbeiter klagte gestern vor dem Gewerbegericht unter Vorhild des Magistratsrats Schulz gegen den Inhaber der Buchdruckerei Falk auf Zahlung von 16 M. Lohn für eine Woche wegen löndigungsloser Entlassung.

Die Firma mußte, um einen Lieferungsstermin einhalten zu können, Ueberstunden machen lassen. Der Kläger hat sich an, für einen Kollegen, der abends 1/10 Uhr die Arbeit verlassen wollte, die Ueberstunden zu leisten. Nachdem er bis 1/2 Uhr, das heißt 1 1/2 Stunden gearbeitet hatte — der 16 Jahre alte Kläger hatte bereits an den vorhergehenden Tagen 2 und 4 Ueberstunden geleistet — schloß er sich anherstehend, weiterzuarbeiten. Darin erblickte die Firma eine Arbeitsverweigerung und entließ den Kläger am nächsten Tage.

Das Gericht kam zur Verurteilung des Beklagten. Es nahm an, daß der Kläger in der Tat physisch nicht in der Lage war, weiterzuarbeiten. Die beklagte Firma hätte für eine geeignete Disziplin sorgen müssen und durfte dem eben über das Gehalt erwaachsenen Kläger insbesondere nach der vorgängigen Ueberarbeit nicht zumuten, so überlange Zeit tätig zu sein.

Die Verurteilung wäre auch dann gerechtfertigt, wenn Kläger überhaupt abgelehnt hätte, irgendwelche Ueberstunden zu leisten. § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung räumt dem Arbeitgeber für den Fall des Rechts der löndigungslosen Entlassung ein, wenn der Arbeiter die Arbeit unbefugt verläßt oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigert. Ueberstunden sind keine nach dem Arbeitsvertrag dem Arbeiter obliegenden Verpflichtungen; er ist zu Ueberstunden nicht verpflichtet. Es ist eine löndigungslose Entlassung wegen verweigert Ueberstunden deshalb nie ein Entlassungsgrund. Ferner geht aus den Ausdrücken „beharrlich“ und „verweigern“ hervor, daß nur w i e d e r h o l t e böswillige Ablehnung von Verpflichtungen einen Entlassungsgrund bilden. Hervorgehoben man noch werden, daß § 123a der Gewerbeordnung und § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausdrücklich vorschreiben, der Arbeitgeber hat die Dienstleistungen so einzurichten, daß Leben und Gesundheit des Arbeiters gesichert sind. Eine Arbeitszeit von 16 Stunden ist eine gesundheitsgefährdende. Eine solche anzuordnen, verlißt gegen das Gesetz.

Der Vorkass zeigt wieder, wie dringend eine gezielte Maximalarbeitszeit auch für erwachsene männliche Arbeiter ist.

2. „Blusenlehramen“.

Gegen den Blusenkonfektionär Brade, Große Frankfurter Str. 129, klagten vor der Kammer II unter Vorhild des Magistratsrats Maguhn drei Näherinnen auf Rückzahlung von je 10 Mark Lehrgeld. Die Klägerinnen führten aus: Der Beklagte ludte dauernd durch Inzertal in der „Vorgewipf“ „Blusenlehramen“. Auf ihre Werbung hin seien von ihnen für eine achtstägige Lehrzeit 10 M. Lehrgeld abgefordert worden. Zugleich erhielten sie dauernde Beschäftigung nach beendeter Lehrzeit zugesichert. Zunächst hätten sie auch 20 Blusen für 17 1/2 M. pro Stück zu nähen erhalten. Dann aber seien sie wegen Weiterbeschäftigung vertrieben und schließlich brüßel abgetwiehen worden. Sie schloßen daraus, daß es dem Beklagten lediglich um die 10 Mark Lehrgeld zu tun gewesen sei. Der Beklagte wendete ein, für das Lehrgeld habe er den Näherinnen die erforderliche Unterweisung erteilt. Deshalb sei er zur Rückzahlung nicht verpflichtet. Arbeit sei ihnen nur zugesichert, „soweit möglich“.

Die Näherinnen führen an, der Beklagte müsse doch noch Arbeit gehabt haben, da er fortgesetzt weiter nach Lehramen imferierte.

Auf Anraten des Vorsitzenden änderten sie ihren Klagenanspruch auf Lohnentlohnung für 14 Tage um und erzielten ein obliegende Urteil. Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Beklagte die Näherinnen nicht weiter beschäftigt hätte. Der Beklagte war übrigens nach § 618 B. G. B. auch dann zu beurteilen gewesen, wenn er die Näherinnen ohne sein Verschulden nicht weiter beschäftigt hätte.

Den Frauen ist von der Kammer der Pat erteilt, Strafanzeige wegen Betrugs zu erstatten. Das mag in Fällen wie diesem und dem ähnlich über die Firma Sperlich u. Greulich, Kaiserstraße 6/7, berichten, auch am Platz sein. Gleichwohl aber, ob eine strafrechtlich verfolgbare Handlung vorliegt; auf jeden Fall ist wie wir schon neulich hervorhoben, ein solches Treiben verwerflich, in der Zeit großer Arbeitslosigkeit arbeitsuchenden Näherinnen und Frauen eine sichere Arbeitsgelegenheit vorzuspielen, während sicher nur die Erläuterung um 10 M. „Lehrgeld“ ist. Wer solche Inzertal strapazieren aufnimmt, beteiligt sich an der verwerflichen, vielleicht strafbaren Handlung. Der „Vorwärts“ hat seit je grundtätig derartigen Inzertal die Aufnahme verweigert.

Aus Industrie und Handel.

Zur Konjunktur im Berg- und Hüttenbau.

In der Generalversammlung der Böhmisch-Mährischen Bergbau- und Hüttenbetriebe führte der Generaldirektor über die Geschäftslage aus, daß der Bestand an Aufträgen mit 430 000 Tonnen am 1. November 1913 um 20 000 Tonnen geringer sei als der

am 1. November des Vorjahres. Hinsichtlich der Beschäftigung und der Abnahmefähigkeiten seien die Verhältnisse noch leidlich gut, wenn auch die Erzeugnisse nur zu niedrigen Preisen veräußert seien. Der Betriebsüberschuss in den Monaten Juli bis einschließlich September 1913 ist um 1,3 Millionen geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei sei aber zu berücksichtigen, daß einseitigen noch auf Grund der früheren, immer noch guten Abkäufe geliefert werde. Vom Monat Dezember und erst recht vom Januar ab sei allerdings mit einem ganz beträchtlichen Rückgang des Betriebsüberschusses zu rechnen. Die verschiedentlich ausgesprochene Hoffnung, daß die Phönix-Gesellschaft auch bei schlechten Zeiten 18 Prozent Dividende verteilen könne, sei bei dem spärlichen Mißgange der Preise für Fertigerzeugnisse ganz unberechtigt. Die Börsenquotierte diese pessimistischen Mitteilungen mit einem allgemeinen Ausdrucksatz, der für Phönix-Aktien vier Prozent betrug.

Die indische Bankkrise.

Ueber die Ursachen der indischen Bankkrise berichtet das Kaiserliche Konsulat aus Bombay:

In der ersten Oktoberwoche haben in Indien einige sogenannte „Swadeshibanken“ ihre Zahlungen eingestellt. Während die „Swadeshibanken“, die sich mit der Diskontierung von Ueberseewechseln und der Finanzierung von Export und Import befassen, sämtlich unter der Leitung von Richtern stehen, sind die „Swadeshibanken“ Gründungen, die von indischen Kapitalisten ausgehen und die ihre Tätigkeit auf Indien beschränken. In den letzten Jahren sind eine ganze Anzahl solcher Banken ins Leben gerufen worden, häufig von Leuten, die im Bankgeschäft gar keine Erfahrung hatten. Das eingezahlte Kapital der Banken ist verhältnismäßig klein, sie arbeiten vielmehr hauptsächlich mit Depositen und erhalten diese von den kleinen Sparern dadurch, daß sie einen verhältnismäßig hohen Zinsfuß anbieten. Das Geld wird dann in allerhand Gründungen gesteckt, an denen oft die Direktoren der Bank selbst beteiligt sind, und die eine unsichere, schwer realisierbare und dabei meist nicht einmal lukrative Anlage darstellen. Alle etwaigen Gewinne werden möglichst schnell als Dividende ausgeschüttet, während der Reservefonds nur schwach dotiert wird. Es ist klar, daß derartige Geldinstitute nur bestehen können, solange die wirtschaftliche Lage gut ist, daß sie aber nicht in Stande sind, auch nur die kleinste Krise zu überdauern.

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, wird vorgeschlagen, ein besonderes Bankgesetz für Indien zu erlassen, das Bestimmungen enthalten müßte darüber, welche Geldinstitute sich als „Bank“ bezeichnen dürfen, wie groß das Kapital mindestens sein und wieder von dem Gewinn in den Reservefonds gehen muß, welche Geschäfte eine Bank betreiben, insbesondere, wie sie ihr Geld anlegen darf und schließlich, wie über die Anlage des Geldes Rechenschaft gelegt werden soll.

Die „Exchangebanken“ sind an der Krise, wie gesagt, nicht beteiligt, so daß die Einfuhr und Ausfuhr durch sie direkt nicht berührt wird. Indirect ist die Schädigung des Importgeschäfts insofern nicht unbedeutend, als viele eingeborene Großhändler an den Swadeshibanken interessiert sind.

Zur amerikanischen Zolltarifreform.

Wie ein Telegramm aus Washington meldet, ist die fünfprozentige Zollvergünstigung für Einfuhr auf amerikanischen Schiffen nunmehr durch eine Verfügung des Generalkonsuls und des Schatzamts völlig außer Kraft gesetzt worden. Die Zollvergünstigung habe sich als unausführbar erwiesen wegen der Bestimmung des Zolltarifgesetzes, daß die Vergünstigung nur für den Fall eintreten soll, daß die internationalen Verträge nicht widersprüchlich sind.

Gerichts-Zeitung.

Der schiefe Blick — 14 Tage Gefängnis.

„Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen schießend anzusehen.“ So lautete ein Befehl der Kaiserliche, die der deutsche Kaiser

am 27. Juli 1900 in Bremerhaven an die nach Ostasien abgehenden Truppen richtete. An diese Mahnung mag ein Schuhmann in Breslau gedacht haben. Ein Photograph soll diesem Schuhmann, während er auf Posten stand, schief und verächtliche Blicke zugeworfen haben. Daraus wurde Strafandrohung wegen Beleidigung gestellt und die Klage im öffentlichen Interesse erhoben. Der Photograph behauptete, er sei früher von dem Schuhmann schamlos behandelt worden. Der Anwalt hielt die niedrigste Strafe — 3 M. — für ausreichend zur Reparatur der durch die Blicke ramponierten Beamtenchre. Das Schöffengericht in Breslau meinte jedoch, die Blicke seien frivol gewesen und hätten ein so tiefes, schwer reparierbares Loch in die Ehre des königlich preussischen Schuhmannes gerissen, daß auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden müsse. Es warf 14 Tage Gefängnis gegen den Photographen mit dem frivolen schiefen Blick aus.

Wie hoch wäre die Strafe wohl gewesen, wenn ein Chinese den Schuhmann „schießend“ angeblickt hätte, und wie hoch, wenn ein Schuhmann den Photographen schief angesehen hätte? Die Berufungsinstanz wird sich mit dem schiefen Blick gegen Schuhmannsmajestät noch zu befassen haben.

Meister und Geselle.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg klagte gegen einen Bäckermeister Biesemann wegen vorsätzlicher Körperverletzung ein Bäcker-Geselle Jörger. Der Kläger war durch Rechtsanwalt Dr. Karl Lebknecht vertreten. Zwischen Meister und Gesellen war es eines Morgens wegen der Arbeit zu Streitigkeiten gekommen, die dazu führten, daß der Geselle seine Papiere forderte. Als ihm am Mittag der Lohn ausgezahlt und dabei ein unerwarteter Abzug gemacht wurde, entstand neuer Streit, und schließlich wies der Meister dem Gesellen die Tür. Obwohl Jörger gehen wollte, hielt Biesemann für nötig, ihn eigenhändig hinauszuwerfen. Hierbei wurde Jörger gegen ein Regal gestoßen und erlitt eine erhebliche Kopfverletzung, die seine Aufnahme in ein Krankenhaus nötig machte. Vor Gericht gab der Meister zu, daß er schon bei dem ersten Streit den Gesellen geschrien habe. Bei dem Verlich, ihn hinauszubringen, habe der Geselle sich widerlegt, und da sei er gegen das Regal geraten. Eine Zeugin bezeugte, daß Biesemann dem Gesellen, der sich bereits zum Gehen wandte, losgleich am Kragen gepackt habe. Die eigene Frau habe ihm zugerufen, er solle aufhören, und ein zufällig anwesender Geschäftsreisender habe diese Mahnung wiederholt. Das Gericht sprach den Angeklagten (schuldig). Bei Verneinung des Strafmahns wurde die Erregung des Meisters über den plötzlichen Austritt des Gesellen ihm zugute gehalten. Auf 10 M. Geldstrafe wurde erkannt.

Verfammlungen.

Transportarbeiterverband. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung des Bezirks Berlin gab der Vorsitzende Werner den Geschäftsbericht für das dritte Quartal. Er sagte u. a.: Die Verhältnisse sind im allgemeinen nicht als besonders günstig anzusehen, weil diese Zeit im Reich die Arbeitslosigkeit bei den Transportarbeitern noch nicht so stark bemerkbar gemacht wie in anderen Berufen. Nicht aber ist die Arbeitslosigkeit auch bei den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes höher als bisher. Sie ist erheblich größer als im dritten Quartal des vorigen Jahres. 2/3 bis 3/4 der Mitglieder sind gegenwärtig arbeitslos. Besonders fällt auf, daß in allen Berufen die Dauer der Arbeitslosigkeit eine viel längere ist, als es in früheren Perioden der Geschäftsnot der Fall war. Eine Arbeitslosigkeit von 3 bis 4 Monaten für den Einzelnen ist keine Seltenheit. Es ist deshalb dringend notwendig, daß nicht nur Notstandsdarlehen durch die Behörden vergeben, sondern auch Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt wird. Trotz der durch die große

Arbeitslosigkeit verursachten mißlichen Verhältnisse hat die Organisation Fortschritte gemacht sowohl hinsichtlich der Einnahmen, als auch der Mitgliederzahl. Diese ist gegen das vorige Quartal um 404 gestiegen. Der Bezirk hatte am Quartalsende 48 188 männliche, 2084 weibliche, 1980 jugendliche Mitglieder. — Die Lohnbewegungen im dritten Quartal waren nicht sehr zahlreich, weil keine Tarife abgelassen sind. Aber die Bewegungen, die geführt wurden, brachten alle Erfolg. Bei 16 Firmen mit 798 Beschäftigten wurden Forderungen eingereicht. Bei 10 Firmen erzielten 766 Mitglieder Lohnerhöhungen von durchschnittlich etwa 1,50 M. pro Woche. Bei 3 Firmen mit 42 Beteiligten kam es zum Streik, der mit Erfolg beendet werden konnte, indem 30 Mitglieder eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 4 M. wöchentlich erhielten. Außerdem wurde für 5 Mitglieder eine Verfüzung der wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 8 1/2 Stunden erreicht. Durch Abwechselfreilich wurde bei einer Firma eine Lohnherabsetzung zurückgewiesen, in einem anderen Betriebe wurde die Einführung von Strafgebern abgewehrt und in einem dritten Betriebe die Maßregelung von zwei Mitgliedern rückgängig gemacht.

Dem Kassenbericht, den Steinide erstattete, ist zu entnehmen, daß 15 196 Wochenbeiträge mehr geleistet wurden als im vorigen Quartal. Für Unterhaltungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 55 879 M., an Kranke 38 316 M., an Streikende 1946 M., an Gemahnte 2374 M., sonstige Unterhaltungen 7616 M.

Die Statistik des Arbeitsnachweises gibt ein Bild von der Steigerung der Arbeitslosigkeit. Während im dritten Quartal des vorigen Jahres 9978 Stellen gemeldet wurden, liefen im dritten Quartal dieses Jahres nur 6894 Meldungen ein, also 3084 weniger. Befehlt wurden im abgelaufenen Quartal 5829 Stellen, nämlich 1087 feste und 4742 Ausschüßstellen. Am Schluß des Quartals waren 1812 Arbeitslose eingeschrieben, 2705 Mitglieder erhielten Arbeitslosenunterstützung für 40 497 Tage.

Nachdem die Versammlung den Geschäftsbericht entgegen-genommen hatte, beschloß sie sich mit den vorliegenden Anträgen. Eine Anzahl derselben bezogen sich auf Einrichtungen im Lokal des Arbeitsnachweises. Angenommen wurde ein auch von der Verwaltung befürworteter Antrag, welcher besagt, daß sich die Verwaltung mit dem Vorstände in Verbindung setzen soll, um den aus-gesteuerten Arbeitslosen in den Monaten Januar, Februar und März eine besondere Unterstützung zu gewähren.

Briefkasten der Redaktion.

24. 55. Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Post. A. Balajo, Berlin, Büchsenstr. 48. — R. 2. 777. Gelehrte, Berlin, Kottbusstr. 34. (Nähere Auskunft im Berliner Volkspräsidium). — R. 2. 55. Um Privatnarrheiten kümmern wir uns nicht. — Gerhard 2. Fragen Sie bei der Generalkommission der Kranken-tassen, Berlin, Alexanderstr. 39/40 an. — C. 2. 40. Kottbus, Am Kottbus 19. — J. M. 001. Aufnahme nach drei Jahren Vorlaufzeit, also in der Regel nach Vollendung des neunten Lebensjahres. Realschulen haben keine Vorlaufzeit. Gemeindeführer können die notwendige Aufnahmeprüfung nach vier Jahren Gemeindeführerschaft bestehen. Religionsunterricht wird auch in Realschulen erteilt.

Wetterkondensationsnachrichten

der Landesanstalt für Wetterkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wetterstand	am 10.11.		am 11.11.	
	cm	mm	cm	mm
Memel, Tilsit	297	+21	306	+1
Bregel, Insterburg	168	+14	168	+3
Wetzlar, Thorn	152	0	152	+3
Ober, Ratibor	170	-29	170	0
Kroffen	108	+3	108	0
Franfurt	104	0	104	0
Hartze, Schimm	44	+12	44	+4
Rehe, Landsberg	14	0	14	0
Rehe, Borsdamm	2	0	2	+8
Elbe, Leimberg	-46	-3	-46	+15
Preben	-166	+2	-166	+15
Barby	47	-8	47	+2
Königsberg	45	-2	45	+2

+) bedeutet Wind, — Null, — *) Unterpegel.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Mortizplatz
10-2 3-7, Sonntags 10-12.

Gegründet 1862



Peiz
Kongros - Export
S. Schiesinger
Neue Königsstr. 21
(Ordnungsbüro)

Kein Laden!
Einkauf

Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Paizstols - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21
Hauseingang 21 achten
erstattet von 12-2 Uhr geöffnet

Stoffe

Maßanzüge,
Paletots Motor M. 5, 7, 9
Kostüm- und
Klisterstoffe M. 3, 4, 5
Persianer imit.
130 cm br. Motor M. 7, 9, 50
Plüsch prima Qual. M. 15
Seiden-Seal Motor
Astrachan, Felt M. 4, 6, 50
Motor

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Patrikirche

Antonwilt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 16-26.

Donnerstag: Seefische.

Schellfisch per Pfd.	30 Pi.	Goldbarsch ohne Kopf per Pfund	28 Pi.
Kablau ohne Kopf, per Pfd.	27 "	Rotzungen "	26 "
Seelachs "	24 "	Schollen "	22 "
See-Aal "	30 "	Knurrhahn "	28 "

Freitag und Sonnabend:
Hühner * Fasanen * Gänse * Kaninchen
Reh * Hirsch.

Täglich: **Frische Räucherwaren.**
Aepfel, Rettige, Rot-, Weiß- u. Wirsingkohl
Mohrrüben * Kohlrüben.

In allen Verkaufsstellen: **Milch** per Liter 20 Pi.

Ab 25. November beginnt die Auszahlung der Rückvergütung.
Näheres in den Verkaufsstellen.

108/1 Der Vorstand.

Kufete - Kinder-nahrung
- Kranken-kost.

Hervorragend bewährte Nahrung.
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Michel - Briket - Kohlenhandlung G. m. b. H.
Tel. 1610 Neukölln, Kneesebeckstraße 148 Tel. 1617



Ermäßigte Preise bis 31. Dezember 1913
1000 Stück M. 8.-
Halbsteine M. 0.80, Steinkohlen M. 1.75, Gaskoks M. 1.75
Alles frei Gelab jeder Etage. Sorgfältige Bedienung.

Asthma

wird in heilbaren, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzend bewährten Asthmatropfen, Flasche 2.50 M. Bei starken Anfällen sofortige Hilfe durch indische Asthma Kräuter, Kart. 2.00 M. Garant unschädlich! Vorname, jed. Art sei gewarnt! Otto Reichel, Beri. 43, Eisenbahnstr. 4

Heines Werke
3 Döbe 4 Mart
Buchhandlung Vorwärts

Ich soll doch noch etwas mitbringen?

Rauer's Mischungen

Marke Gelb: pro Pfund M. 1.00
Ja, das war's!

Bitte probieren Sie:
Rauers feinste Mischung
pro Pfund 1.10 Mark.
Rauers Marke weiß
pro Pfund 80 Pfennig.

Kaffee-Rösterei Rauer & Co.
Spezialgeschäft mit Kaffeemischungen, bestehend aus Bohnenkaffee mit bewähr. Kaffeearbeitsstoffen
Nur C 54, Neue Schönhauser Str. 3.
Wir bitten, auf die Hausnummer achten zu wollen, da wir weder Filialen noch Niederlagen unterhalten.

Ein Licht geht jedem auf der merkt, dass **Wuylertabletten** nervvollen Schutz vor Husten, Heiserkeit, Katarrh bilden. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M. 1.

Möbel

Wir liefern direkt an Privats frei Haus durch eig. Gespann
Stuhl u. Küche M. 208, 244, 50, 276, 317, 357, 370, 429, 494, 5 Stühle u. Küche M. 280, 300, 350, 427, 501, 500.
Schlafzimmer M. 223, 276, 313, 355, 429, 460, 540.
Küchen M. 51, 58, 75, 92.
Ehrend. Lager 300 Einrichtungen.
Reichhalt. Preisb. gratis u. franco.
Abgabe einzelner Stücke ohne Preisverhöhung!

Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Vetorannenstr. 11, 12, 13.

Reisemuster
Ulster, Paletots, Anzüge verkauft auch einzeln
Alex Hirschberg, Herrenkleiderfabrik, Hegerstr. 27a, II. Hof.
Wochentags 6-7, Sonntags 12-2.

Daber'sche Erdkartoffeln 2.40 M.
Magnum bonum 2.20 M.
frei Haus 2045 M.
Rentner, Berlin, Lohmühlenstr. 26.

Ohne jede Mischung!
Keine Kaiserer, keine Kaiser!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stopp- u. and. Decken.
MATZNER
Friedrichstraße Nr. 41.



M. 0.50 anstatt M. 1.00

Fleisch ist teurer, trotzdem aber nicht wertvoller als viele billigere Nahrungsmittel. Das billigste von allen ist Quaker Oats — ein grosses Paket kostet nur 42 Pf. Dabei gibt Quaker Oats mehr Nährkraft in leichtverdaulicher Form als Fleisch bei doppelter Ausgabe.

Kaufen Sie ein Paket und kochen Sie den Inhalt nach den Rezepten — sodann beobachten Sie, wie gesund, kräftig und zufriedengestellt Ihre Familie sein wird und wie sich Ihre Haushaltungskosten verringern.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats-Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Reklameaufdruck, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.

Genauere Abbildung in Naturgrösse. Ohne Reklameaufdruck.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 12. November 1913.
Anfang 3 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Wilhelm Tell.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Volkseind.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varietés.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Kollendorf-Theater. Varietés.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Overhaus. Salomée.
Kgl. Schandlhaus. Die Neuen.
Deutsches. Emilia Galotti.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach New York.
Schiller O. Jugendfreunde.
Reichshallen. Spezialitäten.
Cines Apollo-Theater. Varietés.
Eines Friedrich-Wilhelmstadt. Varietés.
Rose. Der Reineidbauer.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Neues Volkstheater. Der ledige Hof.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Sternwarte. Inhabersstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Jugendfreunde.
Schiller-Theater. Wilhelm Tell.
Theater des Westens. Polenblut.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus.
8 Uhr: **Hinter Mauern.**
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Residenz-Theater
8 Uhr:
Hoheit — der Franz!
Montis Operenttheater.
8 Uhr:
Die ideale Gattin.
Theater am Kollendorferplatz 5.
8 Uhr:
Der lachende Dreibrund.
Lessing-Theater.
8 Uhr: **Pygmalion.**
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
8 Uhr: **Das Prinzip.**
ROSE-THEATER
8 Uhr: **Der Reineidbauer.**
Casino-Theater
8 Uhr: **Die lustige Puppe.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Wailhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: **Hopfenraths Erben.** 8 1/2 Uhr: **Der Liebesonkel.**
Wolfsküch mit Ges. u. Tanz in 3 Akte. Beide mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzertthaus-Orchester. Leitung: Komponist Franz v. Blon, als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor Traugott Ochs.
Musikkorps Garde-Füsiliers-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

OLYMPIA
Halle für Sport und Körperkultur
Kurfürstendamm 151 (fr. Rollschuhbahn)
4 große spannende Kämpfe
A. de Clercq-Rotterdam gegen Apollon-Brüssel
Westergaard-Schmidt-Spandau gegen Lupa-Oppeln
Rajovicz-Serbien gegen Albert Sturm-Charlottenb.
Der große Entscheidungskampf!
Solar-Wien gegen Barkowski-Berlin
Kasseneröffnung 7 Uhr. Beginn der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.
Straßenbahnverbindungen: Linien 5, 8, 10, 78, 79, 91, A, W, Q.
Stadtb.: Charlottenb. u. Halensee. Untergrundb.: Uhlandstraße.

Trianon-Theater.
8 Uhr: **Seine Geliebte.**
UT
Lichtspiele
Weinbergsweg 16-17
(2 Minuten v. Rosenthaler Tor)
Reinickendorfer Str. 14
Der Spuk im Schloß.
Farbenprächtig. Detektiv-Film.
Anfang 6 Uhr.

Der Liebe Zaubermacht
Romantische Erzählung.
Kolorierter Film.
Anfang 6 Uhr.
Ferner in allen U. T.:
Reichhaltiges humoristisches Programm
mit Tom Prince
John Bunny und Bubi.
Heute 4 Uhr
überall außer U. T. Friedrichstraße u. U. T. Unt. d. Linden.
Jugend-Vorstellung.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Gr. Ausstattung! m. Ges. u. Tanz in 19 Akte, m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von Julius Freund.
Ruff von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro. Guido Thielscher. Alfred Schmasow. Leopold Wolf. Ludwig Wolf. Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.

Willard
der Mann, der wächst.
Grete Freund Paul Beckers
Operettendiva Komiker.
Orpington-Trio
Handvortrag
sowie eine Kette hervorragender Attraktionen!
Rauchen gestattet!
Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rachdem Freitanz.
— Vorzugsarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Strich-Konzert
anschl. Familienfranzöser.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Direktor Franz Goerke:
Mit d. „Imperator“ nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Darwins Lehre.
Zirkus Busch.
Dienstag, d. 12. November, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Max, Moritz und Teddy
das lustige Menschen-Affen-Trio.
Zerker:
Gebr. Boston
Gymnastik in höchster Vollendung.
Das Barnett-Trio
kombiniert Akt der Zahn-Athletik,
sowie das große November-Programm.
Aus unseren Kolonien.
Original-Pantom. d. Nirkus Busch.

Die CINES Theater
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr **Matinee.**
Komplettes Programm grosser **Variété-Akte**
sowie unsere renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Apollo-Theater
Komplettes Programm grosser **Variété-Akte** sowie unsere renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 4 und 8 Uhr.

Friedr.-Wilhelmst.
Wir lassen uns scheiden
In den Hauptrollen:
Wanda Treumann
und **Viggo Larsen**
sowie unsere weiteren renommierten Lichtspiele
Ununterbrochene Vorstellung
täglich von 4 Uhr an.
Nur zwei Preise
35 Pf. und 60 Pf.
Keine teuren Plätze.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2 und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Ochssches Konzertorchester.
Heute abend 8 1/2 Uhr
Volks-Sinfonie-Konzert
Unions-Brauerei.
Solistin: **Marg. König.**
Leitung: Kapellmeister **Erich Ochs.**
Eintritt 30 Pf. Eintritt 30 Pf.
Pichelswerder. Bußtag, 19. Novbr.:
Allbekanntes Wurst- und Weißfleisch-Essen
wozu alle Bekannten einladet
Der alte Freund.

Zirkus Alb. Schumann.
Mittwoch, 12. November 1913,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Das große **November-Programm.**
U. a.: Entkleidungs-Szene i. d. Luft
MIS ZOO.
The 2 Coenen
in ihren neuesten Kreationen,
sowie d. übrigen Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske

Berliner Prater-Theater
Schanzen-Allee 7-9.
Jeden Mittwoch:
Familien-Cabaret-Abend.
Geiziges Programm kausendm.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Freitanz.**

Passage-Panoptikum
50 wilde Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorf
in ihren Sitten u. Gebräuchen.
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Mittwoch, den 12. November:
Kasernenluft
Schauspiel in 4 Akten von Stein
und Börgen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zidens's Künstler-
agentur. Carl v. Reibel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäßig-
ten Preisen: Der
Kampagneball
(Logen 1 Fr.,
Balken 75 Pf.,
Entrée 30 Pf.)

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgehurt

Berliner Humor-Quartett
W. Wutzky
Odebergerstr. 38

Heute Mittwochabend: Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Der Stand der Arbeitslosenfrage in Groß-Berlin.

Vor acht Jahren wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichshauptstadt eine gemischte Deputation eingesetzt, um sich mit der Arbeitslosenfrage weiter zu befassen, als es gemeinhin geschieht.

Anfangs dieses Jahres zeigten sich die Vorboten einer neuen Krise und sofort hielten es unsere Genossen im Reiter Hause für ihre Pflicht, den Arbeitsmarkt genau zu verfolgen, um bei drängender Notlage wiederum mit besonderen Anträgen an die städtischen Körperschaften heranzutreten.

Wieviele Petitionen sind nun schon in dieser Frage dem Deutschen Reichstage zugegangen! Aber der will auch nichts tun. Was der bayerische Minister des Innern, von Soden, unlängst im bayerischen Landtage, bei der Beratung der Arbeitslosenfrage, die Stimmung des Bundesrats richtig wieder, als er erklärte: An eine Reichsarbeitslosenversicherung sei in absehbarer Zeit nicht zu denken!

Die preussische Staatsregierung, und die spielt ja die erste Geige im Bundesrat, hat sich bisher völlig ablehnend dieser Frage gegenüber verhalten. Und das preussische Dreiklassenparlament ist in seiner Mehrheit auch kein Mahner und Dränger bei so ernstlichen sozialpolitischen Dingen.

Auf Drängen unserer Genossen im Berliner Stadtparlament wurde nach mehr als 15jähriger Pause vor zirka sechs Wochen die gemischte Deputation einberufen, es wurde dort wieder mal stundenlang hin- und hergeredet, schließlich überwies man alle eingebrachten Anträge, darunter den Antrag unserer Genossen, sofort 500 000 M. zur Verfügung zu stellen zur Unterstützung der Arbeitslosen, die zur Zeit weder von ihrer Berufsorganisation, noch von sonst woher Unterstützung erhalten, einem Ausschuss, bestehend aus vier Stadtverordneten und drei Magistratsmitgliedern.

Die neueste Art des Polemils von Seiten der Magistratsvertreter ist die, das Genter System zu verdächtigen, daß es gerade da verfolge, wo die Not am größten: bei denen, die keine Unterstützung von ihren Berufsvereinigungen erhalten, und daß die Unorganisierten völlig dabei ausgeschaltet seien. Aber auch das ist in dem sozialdemokratischen Entwurf vorgesehen, allem Anschein nach haben die Magistratsvertreter in der gemischten Deputation das überhaupt noch nicht gesehen.

Das Genter System hat in Süddeutschland sich weiteren Boden erobert, darunter große Städte wie München, Mannheim und Stuttgart. Auch diese Städte mühen sich den Zugzug von „Elementen“ fürchten, die dem Stadtsäckel Geld kosten, aber nichts einbringen! Aber noch immer nicht können sich die bürgerlichen Vertreter davon freimachen, daß es sich um „Vagabunden“ handelt, die als Arbeitslose vom Bettel leben, unbekümmert darum, ob das Geld aus dem Stadtsäckel oder sonst woher kommt.

Aber die Sozialdemokratie hat schon andere Widerstände übermunden und so werden unsere Vertreter in den kommunalen Körperschaften Groß-Berlins auch in dieser Frage nicht erschlagen, sondern für erweiterten Arbeiterschutz — und das ist der Kernpunkt der Arbeitslosenfürsorge — noch wie vor eintreten. Solange bis durch Reichsgesetz nicht nur Kranke, Invalide und alle Erwerbsunfähige, sondern auch von unverschuldeter Arbeitslosigkeit Betroffene geschützt werden, und solange in Preußen an eine staatliche Arbeitslosenfürsorge, wie sie in Bayern durch Zuschuß an die Gemeinden, die eine kommunale Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, nicht zu denken ist, müssen wir immer wieder an die Kommune herantreten, nicht ungerne bürokratisch, sondern sozialpolitisch weitwärtig sich mit der Arbeitslosenfrage zu befassen.

Kauft nicht am Sonntag!

Bedenket, daß die Handelsangestellten in den Ladengeschäften gezwungen sind, alle Sonntage zu arbeiten, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft immer noch seine Einkäufe des Sonntags erledigt. Tretet überall dafür ein, daß auch Euren Kreisen niemand des Sonntags kauft.

Kauft nicht am Sonntag!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt (östliche Hälfte). Zahlabend: am Mittwoch, den 12. November, pünktlich 1/2 9 Uhr, bei Wwe. Augustin, Dranienstr. 108. Vortrag des Genossen Dr. Willi Flehner: „Unsere Reben“.

Zahlnacht: 12 Uhr nachts. Zahlmorgen: Donnerstag früh 5 Uhr. Guten Besuch erbetet.

Charlottenburg. Eintrittskarten für die am 28. Dezember stattfindende Opernvorstellung „Jas und Zimmermann“ (Opernhaus Charlottenburg) sind von heute ab bei Scharrnberg, Seifenheimerstr. 1 und im Volkshaus, Köpenickerstr. 3 erhältlich. Es steht nur eine geringe Anzahl Billets zur Verfügung, die Genossen werden also gebeten, sich baldigt zu melden. Der Preis beträgt 1,30 M. pro Karte.

Brig. Gemeinschaftlicher Zahlabend für ganz Brig im Lokale von Schoenberg, Rudower Str. 66.

Schmargendorf. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Café Fürst, Gutenbergstr. 8, Mitgliederversammlung. II. a. Vortrag über die Notwendigkeit der Konjunkturgenossenschaft.

Friedrichshagen. Heute abend finden in den bekannten Lokalen ausnahmsweise Einzelzahlabende statt.

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedrichstraße 60, dritter Vortragsabend über die deutschen Gewerkschaften.

Zeuthen-Mirsdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute bei Robert Barnack statt.

Biesdorf. Heute Mittwoch, abends 1/2 9 Uhr: Zahlabend bei Hoop, Marzahnstr. 31.

Gieswalde. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Witte: Zahlvereinsversammlung.

Königsplatz, Jepernid, Busch. Der Zahlabend für Königsplatz, Jepernid findet am Donnerstag, am Sonnabend und der für Busch am Freitag gleichfalls am Sonnabend, den 15. November, statt, und zwar für Königsplatz bei Lange, für Jepernid bei Adomeit und für Busch bei Woldung (Restaurant zur Lanze). — Am Donnerstag, den 14. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Lange, Siemensstr. 10: Dritter Vortragsabend über: „Die wirtschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Berliner Nachrichten.

Der verkannte Kriminalkommissar.

Spreeaufwärts grenzt an Berlin die Gemeinde Treptow, die so gern zu Berlin möchte und der sich auch dort offene Arme entgegenstrecken. Dort draußen hat Berlin seinen Plänterwald und seinen großen Park mit den schönen Spielplätzen, dorthin gehen Sonntags die Berliner zum Luftschmoppen, zum Kaffeelocken und zum Lanzeln. Treptow ist berühmt geworden durch eine Gewerbeausstellung, eine Radrennbahn, eine Sternwarte und nicht zum mindesten durch die Attaden, die einmal die Gendarmerie und Ragoms Polizei gegen eine Volksversammlung ritt, die nicht hier, sondern im Tiergarten stattfand. Und dann gab es im selben Treptower Park einige Male wirkliche Massenversammlungen. In all diese rühmlichen Erinnerungen hat sich nun in der Geschichte Treptows eine neue ereignet: der Hauptmann von Köpenick hat hier sein Gegenstück gefunden, einen richtiggehenden Kriminalkommissar, der einen richtiggehenden polizeilichen Auftrag auszurichten hatte und ihn nicht ausrichten konnte, weil ihn ein ebenso richtiggehender Gendarm daran hinderte.

Und das kam also: Wollte da im Mai dieses Jahres Nikolaus, der Herrscher aller Reußen, aus dem Lande der Anute den Berlinern einen unerwünschten Besuch abtrotzen. Da dieser sich nun aber der Liebe seiner getreuen Nachbarn doch nicht ganz sicher war, suchten weit und breit um Berlin die Behörden schauen, ob nicht etwa doch eine Gefahr dräuelte. So hatte denn auch ein Landgendarm, der in Treptow stationiert war, von Rührlisten und Anarchisten gehört, die es auf das geheiligte Leben des Blutzaren abgesehen hätten und heute nicht mehr so wie ehemals mit Dolch und Petroleumkanne umherliefen. Damals hatten es die Sicherheitswächter besser als heute, wo man nicht weiß, ob der Eleganz auf der Straße nicht doch ein Anarchist ist, der einen geheimen Auftrag seiner Mitverschworenen gerade in Treptow ausführten will.

Und siehe da, an einem schönen Tag im Mai, als unser Gendarm vor einem Kaffeegarten über die Sicherheit des Staates brütete, kam richtig ein solcher Mann mit einem geheimen Auftrage wegen des Zaren nach Treptow. Sein Mi-

geschick führte ihn auch schnurstracks in die Arme des Sicherheitsmannes, denen er am besten zu entinnen glaubte, wenn er ihn nach der gegenüberliegenden Wohnung des Amtsvorstehers fragte. Doch das sollte sein Verhängnis werden. Der Gendarm fragte den Neugierigen auf den Kopf nach seinem Begehre. Damit wollte der Gefragte natürlich nicht rausrücken. Was wunder! So behauptete er denn dreist und lässig, er sei Kriminalkommissar Baumann aus Nichtenberg, und zeigte dem Gendarm sogar eine Erkennungsmarke, niedrig und rund, wie sie Kriminalbeamte zu tragen pflegen. Aber damit konnte er dem Wachmeister nicht imponieren. Da konnte jeder kommen, und er hatte schon einmal einen falschen Kriminalkommissar entdeckt. Und nun erst dieser da.

So wurde denn der „falsche“ Kriminalkommissar arretiert und unten im Rathaus in die Wachtstube des Gendarmen gesperrt, wo eben das angelegte Ziel seiner Wünsche, der Herr Amtsvorsteher, thronte. Dann ging's ans Verhör, das hochnotpeinliche: ob er Kinder habe, der Schwerverbrecher, und wieviel, ob er viele Zimmer bewohne und welche und noch manches mehr. Dann wurde in Nichtenberg angerufen. Und in all der schönen Zeit gingen oben im Rathaus die Amtsstunden zu Ende und nach ihnen die höchsten Vertreter der Polizeigewalt zum Tor hinaus. Unten aber schmachtete hoffnungslos der „falsche“ Kriminalkommissar, bis sich eine mitleidige Seele eines Ortspolizisten seiner annahm und ihn durch eine Hintertür entweichen ließ.

Die Remesse aber ruht nicht. Und so erfuhr denn die große Aktion vom Mai ein Nachspiel vor dem Oberkriegsgericht des Gouvernements Berlin, wo sich schließlich doch noch alles in Wohlgefallen auflösen sollte. Angeklagt war der Gendarmereiwachmeister aus Treptow wegen Verleumdung und vorchriftswidriger Behandlung; denn der glücklich erwischte falsche Kriminalkommissar war echt, und er hatte damals auch wirklich eine geheime Mission in Sachen des Zaren. Er sollte nämlich mit dem Amtsvorsteher über die Sicherung der Straßen bei der Anwesenheit des Zaren in Berlin verhandeln und war nun durch jenes Mißgeschick verhindert worden, seinen dienstlichen Auftrag an jenem Tage noch auszuführen. Das Kriegsgericht der zweiten Gardedivision, vor dem die Sache bereits Ende September einmal anstand, hatte sogar über Freibeitberaubung und Trunkenheit im Dienste verhandelt, weil der so wenig freundlich behandelte Kommissar glaubte, bei dem Gendarmen Alkoholgeruch wahrzunehmen zu haben. Das Urteil, das die letzteren Delikte verneinte, lautete damals auf 16 Tage gelindes Arrest. Das Oberkriegsgericht aber hatte für das Weh des Wachmeisters viel mehr Verständnis. Dieser erzählte ihm, daß vor der Ankunft des Zaren sich oft gefährliche Leute, sogar Anarchisten, einfanden, und der doch nicht wußte, ob er es in dem angeblieben Kommissar mit solch einem gefährlichen Menschen zu tun habe. Dazu hat er diesem auch später Abbitte geleistet. Der öffentliche Ankläger plädierte für drei Tage gelindes Arrest. Das Gericht aber ließ Milde walten und schloß sich dem Verteidiger an, der da meinte, daß dem Gendarmen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe, da er (trotz der Erkennungsmarke des Kriminalbeamten) zu der Annahme berechtigt sein konnte, es mit einem falschen Kriminalkommissar zu tun zu haben.

So kam der Herr Wachmeister zu seiner Freisprechung und der Ort der Kaffeegärten, der Berliner Polizeiatloden und der Gemberausstellung zu einer neuen Veribümttheit. Wenn aber künftig irgendwo in Preußen ein richtiger Anarchist an der Echtheit einer Gendarmereiform uniform zweifelt, wird man auch ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit abpredigen?

Die Wahlen der ersten Abteilung führten zu der Ernennung der aufgestellten Kandidaten, unter denen sich auch der bisherige Stadtrat Düring befindet. In der zweiten Abteilung sind für den Genossen Hugo Heimann insgesamt 202 Stimmen abgegeben worden.

Die ganze Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts trat gestern besonders kraß in die Erscheinung. Während bei den Wahlen zur dritten Abteilung am Sonntag die Kandidaten mit etwa 3000 Stimmen gewählt wurden, wurden bei den Wahlen der ersten Abteilung für die einzelnen Kandidaten 9 bis 34 Stimmen abgegeben.

Um einen Restaurationsgarten.

Wer schon einmal durch die in Roabit belegene Zornstraße gegangen ist, dürfte bemerkt haben, daß vor dem Hause Nr. 7, gegenüber dem Landgericht, ein Restaurationsgarten liegt. Dieser Vorgarten ist der einzige, der von den gesamten Vorgärten der Zornstraße übrig geblieben ist. Die Besitzer der übrigen Vorgärten haben das Straßensand an die Stadtgemeinde zum Zwecke einer in Aussicht genommenen Verbreiterung der Straße aufgelassen. Es fehlt nun doch, daß der Besitzer des Vorgartens des Hauses Nr. 7 zurückdrückt. Der Inhaber des Restaurationsgartens, ein Herr Rozower, hat sich auch im Jahre 1910 bereits unterschrieben verpflichtet, am 1. Oktober 1913 zurückzurücken. Die Nachbarn dieses Hauses haben sich schon seit Jahr und Tag darüber beklagt, daß es nicht richtig sei, diesem einen Mann in der Zornstraße einen besonderen Vorzug vor ihnen zu geben, wodurch sie sich übrigens auch materiell benachteiligt fühlen. Diesen Beschwerdeführern ist geantwortet worden, sie müßten sich gedulden, denn am 1. Oktober 1913 laufe ohnehin die Frist ab, wo der Inhaber des Vorgartens zurückzurücken müßte. Damit beruhigten sich die anderen Interessenten nicht; sie wandten sich an den Oberbürgermeister und schließlich an den Oberpräsidenten, aber überall erhielten sie die Antwort, am 1. Oktober 1913 sei ja die Frist zu Ende.

Der 1. Oktober 1913 ist vorüber, der 1. November auch, aber der Vorgarten steht nach wie vor im gleichen Umfange auf derselben Stelle. Mander wird erkaunt fragen: Wie kommt das? Diese Frage wollen wir hier zu beantworten versuchen.

In dem zu dem genannten Vorgarten gehörigen Restaurant verkehrt gut bürgerliches Publikum. Und unter diesem Publikum befinden sich Leute, die in der städtischen Verwaltung eine Rolle spielen. Diese Leute hatten Interesse für die Privatangelegenheiten des Besitzers und sie bemühten sich um die Erhaltung des Vorgartens. Stadtverordnete und Stadträte bekümmerten die Tiefbauverwaltung, sie möchte dem Besitzer d. doch den Vorgarten weiter belassen. In der Sitzung der Tiefbaudeputation wurde allen Ernstes als Begründung angegeben, daß hier sehr anständiges, besser situiertes Publikum verkehre, es sei ein hübsches Lokal, wo es

sich angenehm fügen und da solle man den Lokalbesitzer noch weiter bevorzugen gegen die übrigen Nachbarn. Es wurde eingewendet, es sei doch unangehörlich, so offen für Privatinteressen einer bestimmten Person einzutreten, lediglich besonderer Gäste wegen, maßgebend könne doch nur das Allgemeininteresse sein. Und das dürfe eine längere Bevorzugung einer einzelnen Person nicht. Dazu komme eine eventuelle Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen anderer Besucher an die Stadt im Hinblick auf die bisher erteilten Bewilligungen. Alles half nichts. Die Mehrheit der Tiefbaudeputation beschloß, von einer erneuten Aufforderung zur Befestigung des genannten Vorgartens zurzeit abzusehen. Also lediglich der in dem genannten Lokale verkehrenden Moabiters Stadtvorordneten wegen soll von der Wahrnehmung des Allgemeininteresses abgesehen werden. Jetzt wird sich noch der Magistrat mit der Sache beschäftigen müssen, er kann gar nicht anders, als die schon längst beschlossene Zurückverlegung des Vorgartens durchzuführen trotz diverser Stadtvorordneten und Stadträte wegen.

Ob diese Leute sich auch so bemüht hätten, wenn es sich um ein Arbeiterlokal gehandelt hätte?
Von unseren Genossen in der Tiefbaudeputation wurde diese Günstlingswirtschaft gehörig gewürdigt.

Das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung unter Vorsitz des Stadtrats Fischel u. a. mit einer Reihe von Erweiterungsbauten. Insbesondere wurde die Errichtung eines neuen Schlachthofes beschlossen, das dem Mangel an Schlachtplatz für die Schweineschlächter Abhilfe bringen soll. An der Errichtung eines städtischen Pferde- und Hausbesitzers soll festgehalten werden, doch sollen wegen des Bauplatzes noch weitere Prüfungen stattfinden.

Die Anträge des Arbeiterausschusses auf Verringerung und Regelung des Urlaubs wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Forderung, eine besondere Kohlenauslastungskolonie zu schaffen, wurde abgelehnt. Daß bei dieser Arbeit zeitweise 80-90 Mann beschäftigt würden, sei unklar. Die höchste Zahl in dem billigen Kohlenmonat April sei 68 gewesen, im Mai nur 26. Schließlich wurden einem Teil der weiblichen Arbeiter 20 Pf. zugelegt und die Anstreicher erhielten nach energischem Eintreten der sozialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums Mäntel bewilligt. Einer der Herren Bürgerlichen hatte gemeint, das wäre unnötig, denn die Anstreicher erhielten alte Kleidungsstücke genug geschenkt, und erst der Hinweis, daß sich doch die Stadt Berlin schämen müßte, ihre Arbeiter auf geschwätzte alte Kleidungsstücke zu verweisen, schenkte sie zur Bestimmung geführt zu haben.

Die freiwirtschaftliche Arbeit nach wie vor „väterlich“ für ihre Angestellten! Es gibt eben verschiedene Arten von Vätern!

„Nur für Minderbemittelte“.

Die Krankenkasse „Medizinalverein für Berlin und Umgebung“ will Minderbemittelte als Hilfskasse dienen. Daß sie nicht für Wohlhabende bestimmt ist, darüber wurde kürzlich ein Mitglied auf sehr sonderbare Weise durch einen Arzt der Kasse belehrt. Die Frau eines Schankwirts gehört mit ihrem Enkelkind dem Medizinalverein an. Als das Kind sich eine Erkältungskrankheit zuzog, brachte die Großmutter es zu dem im Arztverzeichnis der Kasse aufgeführten Dr. Goldschmidt, Warschauer Str. 15. Der Arzt sagte ihr, daß bei einer eintretenden Verschlimmerung er auch nach der Wohnung kommen würde. Nach etwa zwei Wochen ließ sie durch einen Boten ihn bitten, einen Besuch in der Wohnung zu machen, weil ihr der Zustand des Kindes verschlimmert scheine. Am nächsten Tage kam der Herr Doktor, aber er zeigte sich jetzt plötzlich sehr ungeduldig. Er erklärte sogleich bei seinem Eintritt: „Ich behandle hier überhaupt nicht, auch nicht mehr in meiner Sprechstunde; solche großartige Restaurateure gehören nicht in eine Krankenkasse“. Leider hat der Restaurateur im Hinblick auf den beschriebenen Vertrag seiner kleinen Schankwirtschaft wirklich keinen Anlaß, sich besonders „großartig“ vorzuführen. Der Kassenarzt aber meint, es besser zu wissen. Als ihm erwidert wurde, warum er denn das nicht vorher gesagt habe, wurde er erregt und wandte sich zum Gehen. Man solle, sagte er dem auf das kranke Enkelkind hinweisenden Großvater, sich an den nächstwohnenden Arzt des Medizinalvereins wenden. Beim Medizinalverein ist es Brauch, daß Wohnungsbesuche nur von dem nächstwohnenden Arzt gemacht werden. Dr. Goldschmidts Wohnung liegt der Wohnung des Restaurateurs so nahe, daß man ihn irrtümlich für den nächstwohnenden Arzt hielt, tatsächlich wohnt aber ein anderer noch näher. Der Herr Doktor soll noch geäußert haben, ein Maurergeselle werde ja besser bezahlt als er. Vielleicht macht er sich von dem Einkommen eines Maurergesellen eine ähnlich übertriebene Vorstellung wie von dem jenes „großartigen“ Restaurateurs.

Explosion auf einem Güterboden. Gestern Dienstag, früh gegen 1/2 Uhr, wurde die Feuerwehrt nach der Güterabfertigungsstelle der Hamburg-Deister Bahn in der Heidestr. 2/10 gerufen. Dort war auf einem Güterboden eine Kiste mit Metallpatronen explodiert und die Stickschrauben hatten einige Säde, die in der Nähe lagen, in Brand gesetzt. Die Feuerwehrt gab sofort mit einem Rohr Wasser und beseitigte in wenigen Minuten jede Gefahr. Die Reste der explodierten Sendung wurden beschlagnahmt. Von der Eisenbahnverwaltung ist eine genaue Untersuchung eingeleitet worden, um den Abender der Kiste festzustellen. Auch an die Eisenbahndirektion Berlin ist Bericht erstattet worden. Personen sind bei der Explosion nicht zu Schaden gekommen.

Der Gesangsverein „Neu erwacht“ (M. v. K. S. V.) veranstaltet am 19. November (Vuktag) ein Konzert im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain. Mitwirkende: das Bläser-Orchester, Dir. Herr Bruno Wehderberg, Herr Gustav Franz (Bariton), Frau Vetti Schot (Sopran). Zur Aufführung gelangt unter anderem: Meeresstille und glückliche Fahrt (Hobertsh), Frühlingssnacht (M. Hille) und Streitsche Hochlandlänge (M. Wagner). Eintrittskarten à 75 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben, da offene Kasse nicht stattfinden darf.

Der Berliner Sängerkorps — diese älteste Vereinigung drei kleinerer Chöre zu einem — veranstaltete unter ihrem Dirigenten Franz Vothke am Sonntag im großen Saal der Brauerei Friedrichshain ihr erstes Herbstkonzert. Die kurze Zeitpanne seit jener Vereinsammlung bringt es mit sich, daß wohl im ganzen Annehmbareren, jedoch im einzelnen noch keine einwandfreie Gelangleistung hervortrat. Neben liebevoll aufgearbeitetes drängte sich noch manches Unfertige. Mit Webers Jägerchor z. V. hätte man noch gut auf sich warten lassen sollen; desgleichen mit Audlund herrlichem, doch nicht eben letztem Bonerders Nachtlieb, das unsagbare Festlichkeit verlangt. Audlund hat sich bei der zweiten Fülle eine kleine textliche Veränderung erlaubt (keinen, statt „kam einen“ Hand). Ihr möchte ich aus rhythmischer Notwendigkeit das Wort reden; desgleichen der anderen in Fülle vier (statt „du auch“ — auch du), weil das dunklere, sprachlich kräftigere „du“ einen bestimmten Abschluß gewährleistet, sowohl den Sängern, als für die Hörer. Kennen von Tharau gelang diesmal noch nicht. Volkslieder sinnfällig vorzutragen zu können, ist keine so leichte Aufgabe. Auch bei Jugend, Morgenlied im Walde und Raums „Lebenslied“ bleibt noch manches im Rhythmus wie in der Vortragsweise gegensätzlicher, charakteristischer herauszuarbeiten. Gingen gelang wieder manche Partie ganz vorzüglich, am besten in Lebenslied des alten aufrechten Ernst Moritz Wendi kerrige Forderung: Doch laß nicht nach! Die präconicierte Betonung des „Es“ in Friede „Erntelied“ ist grundfalsch. Vom fortwährenden Sturm in der Schlussszene muß mehr Leidenschaft und Kraft vorausgesetzt sein. In diesem Stück wie in dem auf ähnliche Bahn gestellten „Stieg der Freude“, Chor mit Orchester-

Begleitung von Württemberg ist „offenes“ Singen am Plage. Nur achte der Dirigent darauf, daß nicht etwa die Tendenz „offen“, die Vasse mit „gedeckter“ Stimme singen. Vor allem wird rasam sein, doch genau den Inhalt der Liedtexte durchzugehen und hierauf die Vortragweise zu bemessen, weil ja die musikalischen Vortragsgenüsse, schon ihrer Unvollkommenheit wegen, nicht allemal auszureichen vermögen. Da nun sowohl der Sängerkorps wie auch ihr Leiter mit erschütterlicher Begeisterung, Frische und Energie bei der Sache sind, so wird Gutes sehr bald erreicht werden können. Das unter Herrn Fr. von Blon stehende Berliner Konzerthausorchester bestritt — nicht immer musterhaft! — den instrumentalen Teil des Programms. Wagners „Wilgerchor“ war zu rasch im Tempo gehalten. Fromme Wilgerzüge gehen bedächtig, feierlich langsam — nicht im hurtigen soldatischen Marschtempo. In der Overtüre zu „Rienzi“ machte sich der Mangel an Streichern allzu fühlbar; sie wurden hier — und meist immer — von den Bläsern erdrückt. Mit der Frische häupte es zuweilen auch. Ein Orchester kann anderwärts reichlich zu Dank spielen. In Arbeiterkonzerten soll es einfach hinsichtlich künstlerischer Darbietungen untauglich sein. — Noch ein Wunsch: Möchte künftig doch die Vorführung von Geschäftsstellen auf dem Podium während der Pausen verhindert werden. Das ist eine Geschmacklosigkeit.

Vorort-Nachrichten.

Kantow.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung fand im Zeichen eines Gemeindegewappens, das Kantow von nun an führen wird. Ein blaues Wappenschild mit einem Löwen und drei Wehren war im Sitzungssaal aufgestellt. Die bürgerlichen Vertreter gaben schweigend ihre Zustimmung zu demselben. Genosse Kadite lehnte das Dekorationsstück ab, das nur unnötige Kosten verursache und sonst keinen Zweck habe. — Für die Armenverwaltung wurde die Nachbewilligung von 400 M. verlangt, da in Anbetracht der bevorstehenden Not im Winter die im Etat vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden. Genosse Kadite verlangte u. a., daß die Not der Arbeitslosen nicht etwa durch die Armenverwaltung geregelt werde, sondern daß die Gemeindeverwaltung gleich anderen Groß-Berliner Gemeinden der Einführung der Arbeitslosenversicherung näher trete. Auch der Verkauf von Fleisch durch die Gemeinde könne ebenbürtig wie der Verkauf durch die Sechsstadt eingeregelt werden. Auch habe der Gemeindevorstand noch nichts über die Verabfolgung von Frühstück an bedürftige Schulkinder, bei der nach Anregung bei der letzten Stadtratssitzung nähergetreten werden sollte, verlauten lassen. Schöffe Brückwitz verwies die Pflicht der Unterstützung der Arbeitslosen an das Reich. Der Verkauf von russischem Fleisch verursache für die Gemeinden, die ihn einrichten, zu hohe Kosten durch Schaffung der Verkaufseinrichtungen. Für die Speisung der Schulkinder liege zurzeit kein Bedürfnis vor, da im vorigen Winter nur zwei (7) von 1041 Kindern ohne Frühstück in die Schule gekommen seien. Genosse Kadite wies diese scheinbaren Ablehnungsgründe als nicht zureichend zurück. Die bürgerlichen Vertreter schwiegen sich aus. — Das neue Lyzeum wurde in das Droschkehaus zum Schutze der Gebäude mit künstlerischer Bedeutung aufgenommen. Gemeindevorsteher Krohn regte sich darüber auf, daß der Punkt Bebauungsplan für den Platz J. A. auf der nichtöffentlichen Tagesordnung stehe, seine Energie reichte indessen nicht so weit, den Antrag zu stellen, daß die Sache öffentlich verhandelt werde. Lebhafte Debatte wurde, daß nach dem Bebauungsplan die Marienstr. hinter dem Lyzeum laßiert worden sei, trotzdem sie jetzt schon weiter angelegt sei und einen guten Baumbestand aufweise.

Spandau.

Die Wahlen der 2. Abteilung, die unter reger Beteiligung stattfanden, von 4207 Wahlberechtigten wählten 1799, brachten der Kommunalen Vereinigung eine Niederlage. Gewählt wurden Mathias und Schmidt (bürgerl. Vereine) und Vender (Kommun. Verein.). In Stichwahl stehen je drei Kandidaten von beiden Parteien, wobei die 108 Wähler, die für unsere Kandidaten stimmten, den Ausschlag geben. Die Kommunale Vereinigung brachte es auf 647 bis 640 Stimmen, während auf die Liste der vereinigten bürgerlichen Vereine 762 bis 918 Stimmen entfielen. Bei der vorigen Wahl brachte die Kommunale Vereinigung 1445 bis 1450 Stimmen auf und eroberte gleich bei der Hauptwahl sämtliche sechs Mandate, während damals die Liste der bürgerlichen Vereine nur 652 bis 790 Stimmen auf sich vereinigte.

Weißensee.

Noch kein billiges Fleisch! Der Dringlichkeitsantrag der Wohlfahrtskommission sollte in der letzten Gemeindevertretersitzung noch nicht zur Verhandlung kommen, weil der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Woelfel, die Akten noch nicht durchgesehen hatte. Unsere Genossen verlangten jedoch ganz energisch die sofortige Erledigung der Angelegenheit, da die Verteilung nur die Mittel nur zu bewilligen habe, alles andere in der Kommission zur Durchführung kommen könne. Daß die Angelegenheit verschleppt werden sollte, bestritt der Bürgermeister, da die Kommission doch immerwährend getagt hätte. Auf den Hinweis, daß noch Mittel im Verlage von 2500 M. vorhanden sein müßten, da von den im vorigen Jahre bewilligten 3000 M. nur 500 M. verausgabt seien, belam Genosse Raubmann die Antwort: „Da wissen Sie mehr als ich“. Nachdem unsere Genossen immer wieder die Forderung stellten, die Verhandlungen aufzunehmen, wurde der Punkt in die geheime Sitzung verlegt. Aber auch hier kam es zu keinem Resultat und zwar deshalb, weil man die hiesigen Schlächter nicht ausschalten wollte. In der Errichtung einer offenen Verkaufshalle erblickten die bürgerlichen Herren eine Schädigung der Geschäftsleute. Ebenso hatten sie eine Abneigung gegen das russische Fleisch, man sollte versuchen, inländisches Fleisch zu beziehen. Nach stundenlangem Debate wurde beschlossen, nochmals Verhandlungen mit der hiesigen Schlächterinnung anzustreben, die aber so gefördert werden sollen, daß am kommenden Freitag die Gemeindevertretung beschließen kann. Bei der ganzen Debatte tat sich besonders der Schöffe Bewes hervor, der gegen unsere Genossen den Vorwurf erhob, sie schreien in dieser Debatte nur zum Fenster hinaus, um außerhalb den Anschein zu erwecken, die bürgerliche Mehrheit sei im Prinzip dagegen, für die ärmere Bevölkerung etwas zu tun. Unsere Genossen erteilten dem Herrn die ihm gebührende Antwort. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, wie schnell seinerzeit die Gemeindevertretung den Bedrängten der Weißenseer Bank mit Hunderttausenden geholfen habe, während sie sich bei einer Hilfsaktion für die ärmere Bevölkerung monatelang Zeit läßt.

Ober-Schöneweide.

Die Arbeiterschaft von Ober-Schöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal, Treptow-Baumgartenweg, Köpenick, Adlershof, Karlshorst, Friedrichshöhe usw. wird darauf aufmerksam gemacht, daß von Sonntag, den 18. November ab, regelmäßig Sonntags im Ober-Schöneweider Jugendheim, Alarstr. 2, vormittags 9 Uhr, freiwillige Jugendvorstellungen abgehalten werden, die denen in Berlin und anderen Orten gleichwertig sind. Bessere Auskunft wird dort erteilt. Regere Beteiligung ist erwünscht.

Mit-Gliedern.

Heraus aus der Landeskirche. Ueber dieses Thema referierte in einer gut besuchten Volksversammlung im Lokal von Rodenbusch Genosse Inger. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag meldeten sich 20 Anwesende, die ihren Austritt aus der Landeskirche zu vollziehen bereit sind.

Nowawes.

Gegen die Bettelerei, die in letzter Zeit namentlich Sonntags überhand genommen hat, sollen jetzt Polizeibeamte in Zivil einschreiten. An Sonntagen sollen alle diejenigen, die von der Not zum Betteln gezwungen, unter strenger Kontrolle gestellt werden. Mag sein, daß jenes Heer der Bettler namentlich in der gegen-

wärtigen Wirtschaftskrise lästig wird. Aber durch ein Aufgebot von Polizeibeamten wird den von der sozialen Not Betroffenen der Hunger nicht gestillt. Und solcher, die das Betteln nicht zum Spaß betreiben, sondern mit bitterer Miene von Tür zu Tür gehen, gibt's heute sehr viele. Ihnen Erwerbsoptionen schaffen, sie und ihre Familienangehörigen zu nähren und kleiden, ist eine weit dringendere Mission, als sie die Faust des Polizeibeamten spüren zu lassen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, den 13. November, abends 6 Uhr, im Rathaus, Röllendorferstraße 6.
Marzendorf. Donnerstag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kailerstraße.
Nowawes. Heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Die Vergiftungen in Westensfeld.

Nach den neueren Feststellungen sollen die Erkrankungen und Todesfälle in der Familie des Gärtners Müller in Westensfeld nicht auf Vergiftung durch Wasserfenchel, sondern wahrscheinlich auf Fleischvergiftung zurückzuführen sein. In mehreren anderen Familien des Ortes und der Umgegend sind in den letzten Tagen Erkrankungen mit ganz ähnlichen Erscheinungen vorgekommen. Die Hoffnung, daß die in der Müller'schen Familie Erkrankten auf dem Wege der Besserung seien, hat sich leider nicht erfüllt. Am Dienstag ist der Vergiftung ein drittes Opfer, ein 13-jähriges Mädchen erlegen. Auch der Zustand der übrigen Familienmitglieder gibt zu schweren Besorgnissen Anlaß.

Schneestürme in den Vereinigten Staaten.

Schwere Schneestürme sind am Montag im ganzen Staate New York niedergegangen. Nach einigen Tagen sonnigen Herbstwetters traten ganz unerwartet außerordentlich schwere Schneestürme auf, so daß der Eisenbahnverkehr im Staate New York große Verspätungen erleidet. Mehrere Jäger sind im Schnee stecken geblieben und die Passagiere befinden sich in verzweifelter Lage. Die Telegraphenleitungen sind auf große Strecken zerstört, so daß den eingeweihten Jäger nicht rechtzeitig Hilfe geschickt werden kann. So ist der berühmte Express des 20. Jahrhunderts, auf dessen Pünktlichkeit jeder Amerikaner stolz ist und der die schnellste Verbindung zwischen New York und Chicago darstellt, um sieben Stunden später angekommen. In der Nähe von Washington ist ein Zug mit 800 Passagieren seit Sonntagabend in einem Schneewall begraben. Die Passagiere haben seit 24 Stunden nichts gegessen, und es wird noch geraume Zeit dauern, bis der abgeordnete Hilfszug sich an sie herangebracht hat. Besonders verheerend hat der Schneesturm in Cleveland und Pittsburg gewütet. Beide Städte sind vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten, da sowohl die Telefon- wie Telegraphenleitungen unbrauchbar geworden sind. Auch aus anderen Teilen Nordamerikas, aus Chicago und West-Pennsylvanien werden bedeutende Schneefälle gemeldet. In einer Anzahl von Städten sind die elektrischen Kraftwerke und die Zuleitungen beschädigt worden, so daß die Straßenbeleuchtung versagte. In Pittsburg fiel innerhalb weniger Stunden 14 Zoll Schnee und die Temperatur sank von 61 auf 23 Grad Fahrenheit. In Nebraska hat ein Schneesturm unter den Viehherden verheerend gewirkt. Zahlreiche Herden sind im Gebirge in Felsklüften gestürzt und viele Cowboys kamen ums Leben.

Eine mysteriöse Angelegenheit.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Pariser Polizei mit einer sehr mysteriösen Affäre. Am 22. Oktober um 10.40 Uhr vormittags wurde das Telefon Nr. 6465 in der Rue Michel Ange Nr. 2 angeläutet. Die Haushälterin begab sich zum Telefon und hörte: „In Hilfe! Kommen Sie her, aber sehr rasch, man ermordet mich! In Hilfe! In Hilfe! In Hilfe! Es waren gerade verschiedene Leute anwesend, welche eine Wohnung in dem Hause ansehen wollten. Auch diese hörten die Rufe. Die Haushälterin lief nunmehr auf die Straße und rief den ersten Polizisten. Dieser legte den Hörer ans Ohr und hörte ebenfalls die Hilferufe. Er antwortete, daß er Polizist sei und man möge die Adresse geben, damit er zu Hilfe kommen könne. Daraufhin hörte er nur noch ein Röcheln und den Fall eines Körpers. Auf seine Anfrage auf dem Telephonat, mit welcher Nummer er denn eigentlich verbunden gewesen sei, wurde ihm nach einigen Minuten geantwortet, daß man dies nicht feststellen könne. Die Polizei ist nun mit der Klärung dieser Angelegenheit beschäftigt. Alle Nachforschungen, von wo die Hilferufe gekommen sind, sind bis jetzt vergeblich gewesen; ebenso die bisherigen Ermittlungen nach einem am 22. Oktober verübten Mord.

Kleine Notizen.

Der Gefangene als Totschläger. Am Dienstagvormittag verurteilte in Breslau der wegen Verleumdung und groben Unfugs zu zwei Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft verurteilte Justizführer Wienold sich beim Wegführen von dem ihn begleitenden Gerichtsdienner König loszureißen. Wienold versetzte dem Beamten einen Schlag, daß dieser zu Boden fiel und bewußtlos liegen blieb. Auf der Flucht konnte Wienold von anderen Gerichtsdiennern gefangen werden. König hatte eine Schädelverletzung davongetragen und starb nach kurzer Zeit im Gerichtsgebäude.

Automobilkatastrophe. Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Montag zwischen Milau und Saint-Privat zugezogen. Der bekannte Pariser Adokat Castelnau verunglückte mit seinem Automobil, in dem sich außer ihm seine Gattin und mehrere Freunde befanden. Der Chauffeur und eine Dame waren auf der Stelle tot, während Castelnau, seine Gattin und zwei weitere Insassen lebensgefährlich verletzt wurden.

Jugendveranstaltungen.

Neußlin, Jugendheim II, Rogalstr. 15. Mittwoch, den 12. November: 8. Vortrag des Herrn Fied über: „Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“.

Witterungsübersicht vom 11. November 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in C.
Breslau	763.6	SW	3	6.0	Frankfurt	763.6	SW	3	6.0
Berlin	763.6	SW	3	6.0	Hamburg	763.6	SW	3	6.0
Frankfurt	763.6	SW	3	6.0	Köln	763.6	SW	3	6.0
Köln	763.6	SW	3	6.0	München	763.6	SW	3	6.0
München	763.6	SW	3	6.0	Wien	763.6	SW	3	6.0

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. November 1913.
Etwas wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und sehr lebhaften südlichen Winden.



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

C. Kisch

Akoholfreie Getränke

Franz A. Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerhülle

Bade-Anlagen

Bad Ali-Moabit 104

Central-Bad

Bad Frankfurt Gr. Frick

Bad Friedrichshain

Bad Hufeland

Bad Kaiser-Friedrichs-Bad

Bad Lindenau

Bad National

Bad Ostend

Original Lohannis-Bad

Passage-Bad

Reform-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoren

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoren

Bezugsquellen-Verzeichnis.

C. Habels Brauerei

Goldbier

Cigarrenfabriken

Fleisch- u. Wurstwaren

Untenstehende Geschäfte

empfehlen sich B. Einkauf.

Kaufhäuser

Möbelfabrik und Versand

Rossien - Möbel

Gustav Richter

Möbelmagazine

Schuhwaren, Schuhmach. Fiedler, Lief. d.K., Kanarstr. 2. Ernst Hoffmann, Park, Florstr. 3.

Ernst Gräber, Brunnenstr. 78. Goldschmiedemeister, Fenzstr. 1a.

Conrad Großdestillat, Graalstr. 207. Groß-Destillat, Schiefe Haube.

Konzert-Café Nord-Palast. Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr.

Adlershof. J. Belovsky, Tischler-Werkz. Bism. 83.

Lichterfelde. Königberger & Co. Lankwitzerstr. 1.

Schöneberg. W. Hüner, Bölowstr. 61 Möbel.

Tapeten, Wachstuche. Max Nessel, Pankow, Schönstr. 18.

Deutschland Berlin. Arbeiterversicherung - Schützen.

Wirtschaften, Etabliement. Böttner, Festalt, Schwedterstr. 23.

Zahnteiliger. Max Alm, Franseckstr. 15.

Fredersdorf. H. Göß, Drogen und Farben.

Neukölln. Bartsch, Festsäle. Hermannstr. 40, Größt.

Weidenlee. Wilh. Koch, Schlichter, Ledertstr. 3.

Uhren und Goldwaren. Kessler, Rep.-Werkz., Reichstr. 8-197.

Wild- u. Geflügel. Georg Riedl, Fliesenstr. 37.

Hagenbeck Café und Restaurant. Müllerstraße Ecke Senstr.

Strachmann. Weiss, Max. Wiedstr. 10, E. K. Lysarstr.

Königs-Wulferhausen. Butterhandlung Monopol.

Wollend. Besatzungs-Inst. Wollend, Ost. 1.

Zossen. Butterhandlung Monopol.

Jonass & Co. BERLIN S.W. 309. Teilzahlung Kataloge gratis u. franko.

Warenhäuser. Carl Hoffmann, Schöneberg.

Riebeck-Bier-Ausschank. Brunnenstr. 76, Ecke Lortzingstr.

Witte, Max. Zahnstr. 10, E. K. Lysarstr.

W. Werdermann. E. Stark, Bäckerei, Berlinerstr. 26.

R. Wilke. Schuhwaren u. Reparaturen.

W. Wilke. Schuhwaren u. Reparaturen.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

Table with 10 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers for 'Kauf jede gegogene Nummer' and 'Für die Gewinne über 240 M.'.

Ein vierzigjähriger Cancerch geheilt. Ich litt vierzig Jahre an einem hartnäckigen Cancerch...

bor, welche durch einen bereidigten Bäckereibor und politisch beglaubigt sind. Cancerch Inhalator...

rates nicht nur hartnäckigen Stöckschwaffen und chronische Cancerch der sonstigen Luftröhre...

dem Gebiete der Cancerchbekämpfung gibt, und gerade in der Übergangszeit, wo man sich, wenn man ihn...

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Karau, 9. November.

Dritter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Die Verhandlungen beginnen mit dem Antrag der „Eintracht“ in Zürich auf Unzulässigkeitserklärung der Zugehörigkeit zu einem bürgerlichen Frauenstimmrechtsverein...

Den Antrag begründet kurz Genossin Frau Bollag-Zürich und empfiehlt ihn zur Annahme.

Die Parteileitung beantragt Ablehnung des Antrages. Der Antrag wird mit 113 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Es folgt der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereine Basel, Winterthur und Dettligen betreffend die

Schaffung einer Frauen-Agitationskommission

von 7 Mitgliedern am Sitz der Parteileitung, wogegen sich dann der bestehende Arbeiterinnenverband aufzulösen würde. Diese Auflösung sollte hauptsächlich aus materiellen Gründen erfolgen...

Die Mehrheit der Parteileitung lehnt den Antrag ab, die Minderheit ist damit einverstanden.

Nach langer Debatte wird der Antrag der Parteileitung zu weiterer Verfolgung überwiesen.

Nachmittags-Sitzung.

Endlich kommt der

Generalfreist

zur Behandlung.

Platten erinnert einleitend an Massen- oder Generalfreist der Vergangenheit, so auch an die Chartistenbewegung. Die Erfahrungen, die damit gemacht wurden, sind verschiedenartig...

Platten wendet sich nun zu der Berner Gegenresolution und beschäftigt sich mit den bezüglichen Verhandlungen in der Berner Parteiverammlung...

Der Referent hebt sodann auch die abweichende Auffassung der Syndikalistin vom Generalfreist herbor. Und sodann untersucht er das Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern...

In politischer Beziehung werden unsere Vertreter in den Behörden, speziell in den Parlamenten, so scharfe Klassenkämpfer werden müssen, wie es heute schon die Gegner sind...

Er aber redet dazu in französischer Sprache und empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

- 1. Als Generalfreist gelten solche, die sämtliche föderierten Berufsorganisationen eines Ortes oder eines Bezirkes umfassen. 2. Die sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund widersprechen sich dem Generalfreist, indem sie diese nicht als normale Mittel des Emanzipationskampfes anerkennen...

Ergrim begründet die Berner Gegenresolution. Die Frage ist, ob der Massenstreik notwendig ist und diese Frage bejaht die Vereinbarung und müssen wir alle bejaßen. Die weitere Frage ist die Anwendung desselben...

der Vorbar zum Vorwärts. Auf jeden Fall wird dadurch die Arbeiterschaft an ihrem notwendigen Aufstieg gehindert.

Wenn wir hier von der Notwendigkeit des historisch notwendigen Massenstreiks reden, müssen wir auch der Arbeiterschaft sagen, warum er notwendig ist. Das sagt unsere Resolution...

Ergrim beleuchtet insbesondere die Vereinbarung mit dem Gewerkschaftsbund. Sodann wendet er sich der Berner Resolution zu, die ihm mit der Anwendung bezw. Zulässigkeit und Anerkennung zu weit geht...

Ergrim empfiehlt die Annahme der Vereinbarung und die Ablehnung der Berner Resolution. Sod. Basel unterstützt die Berner Resolution. Platten und Grimm halten in ihren Schlussworten ihre Standpunkte fest...

In der Abstimmung wurden überzuförderweise alle drei Resolutionen angenommen: Die Vereinbarung mit 89 gegen 17, Die Berner Resolution mit 65 gegen 66 und die Grabscherde mit 63 gegen 50 Stimmen...

Der Antrag der Berner Genossen betreffend Vätereiung, der wenigstens eingeschränkt werden soll, wird von der Parteileitung entgegengenommen.

Lang beantragt eine Kundgebung zugunsten der russischen Freiheitskämpfer. Der Antrag wird angenommen.

Kodden noch Grimm eingeladen hat, wegen der Landesausstellung und des neuen Volkshauses den nächsten Parteitag in Bern abzuhalten, wird der Parteitag mit einem dreitägigen begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Vereinbarung und die Berner Resolution lauten:

- I. 1. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz lehnen den sogenannten revolutionären Generalfreist ab; das heißt sie widersprechen sich der Inszenierung von Massenstreiks, die nicht im Punkte 3 bezeichnet sind... 2. Allgemeine Berufsstreiks, oder Sympathie- oder Solidaritätsstreiks, die zum vornehmsten auf wenige, von einander abhängige Berufsgruppen beschränkt werden, oder sich nicht über das Gebiet einer Industrie hinaus ausdehnen, gelten nicht als Generalfreist...

Erstes Erfordernis ist es daher, die systematische Aufklärungsarbeit unter den indifferenten Massen mit aller Energie weiter zu betreiben und ihnen namentlich die Bedeutung und die Notwendigkeit der politischen Arbeit für die erfolgreiche Durchführung...

Als ein weiteres Mittel, den Protest gegen die Anschläge der Staatsgewalt auf die der Arbeiterklasse unentbehrlichen Rechte und Freiheiten nachhaltiger zu gestalten und als Notwehr gegen gemeinsame Lebensinteressen der Arbeiterklasse bedrohende Maßnahmen der Behörden betrachtet die Parteitag gegebenenfalls die Anwendung des Massenstreiks.

Der Massenstreik ist indessen nicht geeignet, irgendeines der bisherigen Kampfmittel des Proletariats zu ersetzen. Er kann nur wirksam werden als Ergänzung der übrigen Kampfmittel und auf der Grundlage der größtmöglichen Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse...

Die Vorbereitung und Durchführung eines Massenstreiks als Protest- und Abwehraktion gegen die Anschläge der Staatsgewalt kann nicht einseitig von einer Organisation beschlossen werden; es ist hierzu vielmehr die Erfüllung der im Uebereinkommen betreffend die einheitliche Regelung der Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften aufgestellten Vorschriften notwendig.

Quittung über Beiträge zum Bebel-Fonds.

- Anhänger E. C. Seidenlee 5.-, Bon den Schneidern der Firma Grunow 10.-, G. Kammann, Gr. Hamburger Str. 19/19 25.25, Personal der Firma Straße 8.25, Nähschneiderei im „Vorwärts“ 50.-, Junkfloh, 2 Kreis, 2. Abt. 7.50, D. Krumm, Hiltberg 5.-, Bon den Kollegen der Firma Pahl, Charlottenstr. 55 15.-, S. B. 3.-, Dr. R. 2, Zürich 5.-, Bon den Kolleginnen und Kollegen der Werksätze Stad u. Co., Rosenfelder Str. 40/41 15.30, Bon den Kollegen der Koo-Ausgangswiese 10.-, Bon d. organisierten Kollegen d. Firma A. Wertheim, Draxenfurt 10.-, Bon den organisierten Holzfuhrern u. Dienern des Kaufh. d. Weissen 8.40, Bon den organisierten Transportarbeitern der Firma Photostat 20.-, Referent Frau Bunn, L. O. 3.-, Bon den Kolonialwarenarbeitern der „Vorwärts“-Buchdruckerei 15.-, Touristenverein Naturfreunde, Ortsgruppe Berlin 10.-, Rob. Raack, Düsselhof 10.-, Personal der Buchdruckerei Sittenfeld, 11. Rate 22.60, A. R. 78 - 20, Männer der Weiersee Kuegelgesellschaft 10.-, Freigewählte Arbeiter des Holzgewerks 20.-, Möbelwerkzeugfabrik 16.30, Reichshof Schmalz, Reußh. 70.-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des Schnellpressenlaas III, Klein u. Co. 10.-, Kollegen der Firma Kaufmännischer 10.-, Kollegen der Firma Senarth u. Tschögl 20.-, Kollegen der Nähmaschinenfabrik G. Böcher 5.-, 1. Kreis, 2. Abt., aus der Sechserklasse 10.-, Kollegen der Fabrikier Liebert u. Lehmann 20.-, Kollegen der Firma Guggenheim, Kronenbühlstr. 25 5.-, Großschiff der Schleier u. Gollwitzer der Firma Gellomannsche Industrie durch Benz 10.-, Hausfrauen, Bergelde 30.-, Kaufhaus Grüne Ecke, Reußh. 10.-, Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker im „Vorwärts“ 10.-, Die organisierten Hausfrauen Reel u. Gloppeburg 20.-, Ein ungenannter, viel entlassener Bebelkämpfer 1.-, Bon den Bebelkämpfern der Firma Benedikt, Kömmergr. Str. 37 25.75, Aus der Großschiffen von den Kollegen der Firma Karl Reich, Barchauer Straße 10.-, Autofahrer der Firma Paul Giese, 1. Rate 5.-, Gesamtamt in der Bebelkämpfer der Damenvereine der Firma E. Adam 5.-, Aus der Sechserklasse der Nähmaschinen der Firma Typographia, G. m. b. H., Gultenstr. 17/20 2.50, Aus der Sechserklasse der Firma Müller, Alte Jakobstraße 78 15.-, Zurückgebliebene Angehörige von den Arbeitern der Firma Beyer 15.10, Der Alt-, Bergelde, durch 6.-, Gustav Loose, Reindensdorf 8.15, Vom Personal der Buchdruckerei Pahl u. Gieseler, G. m. b. H. 30.-, Bon den Kollegen der Firma Gosen, Reindensdorf 30.-, Versammlungen der am 12. Oktober stattgefundenen Versammlungen des Kartellverbandes für Sport und Körperpflege Groß-Berlin 225.-, Die Genossenschaft der Heilmittel 4.35, Fr. R. Stoffe, Reußh. 6.-, Strauß, überführt von den Arbeitern der Kronenfabrik Gebrüder Brauer 31.75, 2. Kreis, 1. Abt., von der Abteilungsführer Extrabrigade 10.-, Sammelkassen, 1. Abt. I, Dubnisch 80.10, Sammelkassen, 1. Abt. Ia, Baum 40.05, Sammelkassen, 1. Abt. Ib, Gumbrecht 31.25, Sammelkassen, 1. Abt. 5, Gindl 17.85, Sammelkassen, 1. Abt. 6, Pader 2.60, Dr. D. St. 50.-, Großschiff der Dreher der W. B. Rabeleier Obersee 10.-, Rest der Sechserklasse der Firma Heide u. Wolf 3.10, Stallbau Kamischneider, Weinstr. 36 3.-, Streifenkollegen u. Kolleginnen, Dr. Otto, Büllmann 20.35, G. C. 14.65, Nähschneider der Firma Reel u. Gloppeburg, Grünstraße 15.-, Gesamtamt von den Transportarbeitern und Handwerker der Konjunktionsgenossenschaft, Zentralstr. 9.53, Gefangenen in Gellandstr. Harmonie 20.-, Schädenerklasse durch Bräuner 3.-, N. M., Borsdörfer Str. 19 4.50, A. G. 200.-, Zimmer, Winterthur 5.-, S. 59 1.-, Schneider, Bonn 1.50, Witt 0.20, V. r. Berlin 18.70, Bon den Kollegen der Nibelungenfabrik 2. Löwe u. Co., N. B., Gultenstr. 17 20.-, Bon den Kollegen und Kolleginnen der Firma Buchardt 2. Simon 6.50, Ueberführt der Hiltberg 1.80, Aus der Großschiffen der Abteilung Klein (Firma Bergmann, Rosenfeld) 20.-, 2. Kreis, Bezirk 100 10.-, Bezirk 136 a 10.-, Sechserklasse der Goldschneiderei G. Bartels 5.-, Postale der Drochsenfabrik der A. B. u. G., Krennstr. 31 30.-, Drei Reußh. Arbeiterinnen - Versammlungen am 12. 8. 24.-, von Jenaer Versammlung am 19. 9. 96.65, durch eine Besprechung 3.35 124.-, Organisierte Handwerksarbeiter der Firma J. Lande 10.-, Bon den Kollegen der Firma Hing, Abteilung Buchdrucker 5.-, Bebelkassen durch Reijon, 4. Abteilung 10.-, Berlin 10.-, Dr. Axel Rosenfeld 6.-, Sammelkassen der Kollegen der Großfabrik Karoll, Steglitz, Bergstraße 93 12.50, Alexander Ewert, Grünstraße 6 3.15, 2. Kreis 10, Abt. 14.36, 05 R., darunter: Schultheis-Brauerei 100.-, Brauerei Ernst Engelhardt Radl 50.-, Brauerei Julius Böhm 50.-, Brauerei Wendenhofer 40.-, Bismarck-Brauerei 40.-, Berliner Volksbrauerei 20.-, Brauerei F. Hoppoldt 20.-, Berliner Unions-Brauerei 20.-, Altienbrauerei Friedriehshain 20.-, Brauerei Königshald 20.-, Berliner Rindl-Brauerei 20.-, Bergschloß-Brauerei 25.-, Bürger Brauhaus Gebr. Hanning 20.-, Brauerei Oswald Berlin 20.-, Pömmen-Brauerei 20.-, Riebel-Brauerei Berlin 20.-, Schloß-Brauerei Schöneberg 40.-, Münchener Brauhaus 20.-, Spandauerberg-Brauerei 20.-, Gabels Brauerei 20.-, Bismarck-Brauerei 20.-, Berliner Stadtbrauerei 20.-, Deutsche Bierbrauerei 20.-, Brauerei Pfefferberg 20.-, G. Breitkopf 10.-, Altien-Gesellschaft G. Lande 10.-, A. Lande, Stralauer Straße 10.-, Borussia-Brauerei 10.-, Genossenschafts-Brauerei Groß-Berlin 10.-, Brauerei Julius Urdach 10.-, Berliner Bierbrauerei-Gesellschaft 10.-, Malz-Brauerei Groterjan u. Co. 10.-, Gabriel u. Richter 10.-, Vereinbrauerei Leutonia 10.-, Berliner Weißer-Brauerei Müller, Pantow, 10.-, Bauer u. Hoppel, Groß-Dreililien 25.-, Erste Genossenschafts-Brauerei der Gattin von Berlin u. Uing, Friedrichshagen 50.-, Erste Berl. Weißer-Brauerei der Gattin u. Schankwitz, Berlin, Andreesstr. 79 2.-, 4. Kreis 5, Ueberführt u. B. Krangebende Reumann 6.15, Ueberführt vom Jubiläum der Kaufher der Bismarckbrauerei 3.50, Bon den Bauarbeitern des Konsumhauses Hiltberg durch A. Geiber 42.20, Ueberführt der 2. Abteilung vom Lustendenter 25.-, Sechserklasse des 197 III 5.-, Bezirk 304 II, Abteilung 24 5.-, Ueberführt vom Lesabend des Reindener Bezirks 7.25, Rodehiltberg Deutsche Niles-Berte, Oberhönemünde, auf Liste 4299 11.80, Arbeiter der Firma Kron, Charlottenburg, Abteilung Steiber, auf Liste 5014 7.90, Bon den Arbeitern der Firma Sommerfeld auf Liste 3970 7.70, 6. Kreis: Kaj Allen a. Ionto 84.40, Verzichtung. In der Quittung vom 8. Oktober heißt es, auf den Listen 4024 und 4025 22.50 R., Es muß heißen: Gesamtamt vom Jansen- und Hauptpersonal der Brauerei Gabriel u. Richter 22.50 R., Ferner muß es heißen: Nachruf für Bebel in der „Arbeiterjugend“ v. A. G. 20.-, Weitere Beiträge sind zu richten an Emil Bechse, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 I.

Wartpreise von Berlin am 10. November 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volksgesundheitsamts. Reis (mizd), gute Sorte 16,40-16,90, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00, Reis (nuzd), gute Sorte 14,80-14,90, Nüchtrig 0,00, Heu 0,00-0,00. Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 20,00-24,00, Weißbohnen, weiße 35,00-60,00, Linen 35,00-70,00, Kartoffeln (kleinbl.) 4,00-7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60-2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80, Schweinefleisch 1,50-2,00, Rindfleisch 1,40-2,40, Hammelfleisch 1,20-2,40, Butter 2,40-3,00, 60 Stück Eier 4,40-6,60, 1 Kilogramm Karpfen 1,00-2,40, Kafe 1,60-3,20, Zucker 1,20-3,20, Geteile 1,20-2,60, Salz 1,00-2,40, Schale 1,60-3,20, Reis 0,80-1,80, 60 Stück Rindfleisch 1,00-30,00.

